

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

**Das „Berliner Volksblatt“**  
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

**Insertionsgebühr**  
 beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

### Die Mc. Kinley-Bill und die deutschen Arbeiter.

Seit einiger Zeit lärmten die deutschen Unternehmer, welche nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika Waaren ausführen, mit allem Eifer bedrohter kapitalistischer Interessenten gegen die bevorstehende Durchführung eines Gesetzes, das den nordamerikanischen Zolltarif noch schutz-zöllnerischer als bisher zu machen unternimmt. Es ist dies die sogenannte Mc. Kinley-Bill, die dem deutschen Exportgeschäft in der That Steine in den Weg wirft und mit Chitanen und Schwierigkeiten der verschiedensten Art ausgestattet ist.

An einem konkreten Beispiel erfahren unsere deutschen Industriellen, was die Verschärfung des Schutz-zollsystems bedeutet. Die Yankee's haben nicht den geringsten Anlaß, sich um die Schmerzen der deutschen Exporteure zu kümmern. Ihr Vortheil, d. h. soweit sie Unternehmer sind, wird durch die Mc. Kinley-Bill vermehrt, und über ihren eigenen Interessentenkreis hinaus brauchen sie nicht zu sehen. Je mehr der ausländische Wettbewerb von den Küsten der Union ferngehalten wird, um so üppiger blüht der Weizen des transatlantischen Fabrikantentums, das seine Monopolstellung zur Ausbeutung der produktiven Massen in der Heimath benützt, denen es hohe Preise für die heimischen Erzeugnisse diktiert, und das ferner beginnt, der alten Welt auch auf gewerblichem Gebiete Konkurrenz zu machen, indem es ein amerikanisches Industrieprodukt nach dem anderen „drüben“ einführen versucht.

Die deutschen Exporteure benehmen sich dieser Sachlage gegenüber wie kleine Kinder, sie zetern darüber, daß ihnen das überseeische Absatzgebiet jetzt vollends versperrt werde, und wie sie das in der weiland Bismarck'schen Kinderschule für Politik und andere Siebensachen so gelernt haben, wollen sie einen „Entrüstungssturm“ in der deutschen Presse, im deutschen Volke erregen. Protestadressen werden entworfen, die Organisationen der industriellen Bourgeoisie weinern über die harte Unbill, die dem holden Ausfuhrhandel widerfährt, und eine Petition wird vorbereitet, die bei den gesetzgebenden Faktoren in Washington, die eben diese Mc Kinley-Bill pouffiren, die Schändlichkeit dieser Will schwarz in schwarz malen soll, die deutsche Reichsregierung wird um ihre Vermittelung angebettelt, kurz, die profitstüchtige Kapitalistenklasse ist aus Rand und Band gerathen und — handelt mit einer rührender Kopflosigkeit.

Demn wenn die Herren auch nur eine Minute ruhiger Ueberlegung hätten, so würden sie des schönen Spruches eingedenk sein: „Wie Du mir, so ich Dir!“ Treibst Du

die Schutzzöllneri bis zum Gipfel, so übertrumpfe ich Dich mit noch viel mehr Schutz, Trutz, Kampf- und Retorsionszoll. Man hat, so sagen wir, seit 1879 die Schutzzöllneri unter die politischen Glaubensartikel jedes reichstreuern Bürgers aufgenommen und jeden Gegner des Protektionismus als Vaterlandsfeind gebrandmarkt! Hat nicht das deutsche Unternehmertum in anmüthigem Tausch-geschäft sich landwirthschaftliche und Industriezölle gegeben, ist nicht aus des deutschen Michels Haut ein Riemen nach dem anderen geschnitten worden zu Nutz und Frommen der Agrarier und der Schlottjunker? Haben nicht die Großgrundbesitzer so gut wie die Eisenbarone, die Schnapsbrenner wie die Baumwollweber, die Zuckerrüben wie die Hüttenbesitzer ihr Schäschen geschoren in der ruhmreichen Aera der Schutz-zölle, ist nicht der Untergang der deutschen Gewerbe und der deutschen Landwirtschaft als die nächste Folge der Aufhebung der Schutzzölle von den Tintenkulis schutz-zöllnerischer Profitwuth prophezeit worden?

Und diese Herren, die sich auf Kosten der Konsumenten, auf Kosten des werththätigen Volkes ein Jahrzehnt lang die Taschen gefüllt haben, diese eifrigsten aller Schutzzöllner haben die eiserne Stirn, gegen die Mc Kinley-Bill auch nur ein Sterbenswörtchen zu sagen. Was Du nicht willst, das man Dir thu', das sag' auch keinem Andern zu! Die Nordamerikaner brauchen die deutschen Fabrikanten bloß auf die chinesische Mauer, mit welcher „höheren“ Staatsweisheit das Deutsche Reich umwallt hat, hinzuweisen, und beschämendes Schweigen muß folgen. Wir haben, kann Uncle Sam freundlich lächelnd sagen, nur Euch, das Volk der Denker und der Dichter, nachgeahmt, wir haben bei Euch, den Züchtern des Schutz-zollsystems, als fleißige Schüler gelernt, und nun, da wir ein ausgezeichnetes Fleißzeugniß dafür von Euch erwarten, möchtet Ihr uns am liebsten die Ruthe geben, wenn Ihr könntet.

In der That, wir wundern uns darüber, daß noch kein in seinen heiligsten Geldsackgefühlen gekränkter Bourgeois mit dem Brustton Treitschle'scher Begeisterung die Abwendung eillicher deutscher Kriegsschiffe nach New-York, so ein Bischens Flottendemonstration zu Gunsten der deutschen Exporteure, gefordert hat. Freilich die Yankee's sind keine Sansibariten oder Massai-Neger, sondern haben Haare auf den Zähnen und lassen sich nichts gefallen. Sie erklären einfach, daß eine fremde Macht bei ihnen „nix zu seggen“ hat.

Eine Unverfrorenheit sonder Gleichen, gegen welche an dieser Stelle der allerentschiedenste Einspruch erhoben werden muß, ist es aber, daß die deutschen Exporteure die von ihnen beschäftigten Arbeiter zum Unterschreiben von Petitionen

gegen die Mc Kinley-Bill mit mehr oder minder sanftem Zwang „veranlassen“. Natürlich sind es wieder einmal die Sächser, welche den Vogel abschießen, natürlich sind es sächsische Kapitalisten der Textilbranche, welche den Reigen eröffnet haben.

Sachsen ist der Vorort der Kartellbrüderschaft, die klassische Heimath der Polizeiwillkür, der Maßregelungen gegen die Arbeiterbewegung, Sachsens Bourgeoisie ist thatsächlich eine große reaktionäre Masse gegenüber dem klassenbewußten Proletariat. Keine Gemeinheit, die nicht dort wider die Vorkämpfer der Arbeiterfrage ausgeheckt, keine Verläumdung, die hier nicht kolportirt, kein Gewaltstreich und keine Hinterlist, die in Sachsen nicht gegen die Arbeiterschaft zur Anwendung gebracht würden. Nichts ist so perfid, das nicht der sächsischen Kapitalistenklasse als willkommene Waffe gegen uns diene! Krieg bis auf's Messer, ist ihre Losung, und jeder Wahlkampf zur Gemeinbevertretung, zum Landtag, zum Reichstag zeitigt neue Blüthen großbürgerlicher Gehässigkeit. Sachsen ist das Land des höchst entwickelten Industrialismus; das erklärt die auf die Spitze getriebenen Gegensätze zwischen Reich und Arm, hier herrscht die Lohnrückerei, hier wuchert üppig das soziale Elend, hier florirt die Kinderarbeit in der Großindustrie und in der Hausindustrie.

Und diese selben Bourgeois, welche jeden Streik der Arbeiter mit blinder Wuth bekämpfen, die jede selbstständige Regung der Proletarier unterdrücken, die vor Wuth außer sich gerathen, wenn Unterschriften für den Arbeiterschutz, für den Achtstundentag, für alles das, was den arbeitenden Klassen frommt, gesammelt werden, diese selben Bourgeois, die in der sächsischen Kammer jede Arbeiterpetition, die im Interesse der Kultur, der Freiheit, der Menschlichkeit gehalten ist, in den Papierkorb werfen, sie gehen jetzt mit den Petitionsbogen bei den Arbeitern herum und sechten sich Unterschriften gegen ein Gesetz zusammen, das der deutschen Bourgeoisie in die Quere kommt. Mit dieser Bourgeoisie giebt es keine Gemeinschaft.

Mit welchen Mitteln die abhängigen Arbeiter zum Unterschreiben gedrängt werden, ist allbekannt; die Geschichte des famosen Ottopennigs ist ja noch in Aller Erinnerung, um Jedem klar zu zeigen, wie's gemacht wird.

Aber, so donnert irgend ein Industriellen-Reptil, wenn die deutsche Exportindustrie lahmgelegt wird, dann werden zahlreiche Arbeitergruppen durch Arbeitslosigkeit, Produktions Einschränkung u. s. w. in Mitleidenschaft gezogen. Gemach, mein verehrlicher Bruder Reptil! Derartige Vorgänge zeigen den Widersinn der deutschen Schutzzöllneri und tragen dazu bei, in die Schutzzöllnermauer endlich Breche zu legen. Das

setzte, die alle Anderen rächte und ihm auch andere Dinge als bloße Versprechungen zu entreißen wußte.

Zu den größten Freuden Denizens in ihrer neuen günstigen Lage gehörte die, daß sie Paulinen nützlich sein konnte. Diese war schwanger und sie lebte in fortwährender Angst, denn zwei Verkäuferinnen mußten binnen 14 Tagen im siebenten Monate ihrer Schwangerschaft das Haus verlassen. Die Direktion duldet solche Ereignisse nicht. Die Mutterchaft wurde als unbecquem und unschicklich betrachtet; im strengsten Falle gestattete man die Ehe, Kinder aber waren entschieden verboten. Allerdings hatte Pauline ihren Gatten im Hause angestellt, allein sie war dennoch beunruhigt, denn in der Abtheilung war sie unmöglich geworden; um die voranschreitliche Entlassung so lange als möglich hinauszuschieben schmarte sie sich um Ersticken. Eine der beiden entlassenen Verkäuferinnen hatte vor einigen Tagen ein todt's Kind geboren, was nur eine Folge dessen war, daß auch sie sich dermaßen die Taille zusammengepreßt hatte; sie war so schwer erkrankt, daß man selbst an ihrem Aufkommen zweifelte. Bourdoncle bemerkte, daß Paulinens Teint bleifarbene Flecke bekommen und daß ihr Gang immer schwerfälliger wird. Eines Morgens war er eben zugegen, als in der Abtheilung für Brautausstattungen ein Ladenbursche, der ein Paket forttrug, sie von ungefähr so hart anstieß, daß sie mit beiden Händen nach ihrem Bauch griff, indem sie einen Schrei ausstieß. Er führte sie sogleich fort, unterwarf sie einer Weichte und stellte in der Verathung der Interessenten den Antrag auf ihre Entlassung unter dem Vorwande, daß sie Landluft brauche; das Gerücht von ihrer Schwangerschaft würde sich rasch verbreiten, sagte er, und es würde auf das Publikum sehr un-

günstig einwirken, wenn auch sie eine frühzeitige Niederkunft hätte, wie es einer anderen Verkäuferin in der Abtheilung für Kindswäsche im vorigen Jahre passirt war. Mouret, der in der Verathung nicht anwesend war, konnte seine Meinung erst am Abend abgeben. Allein Denise hatte Zeit sich ins Mittel zu legen und er schnitt Bourdoncle das Wort ab unter Hinweis auf die Interessen des Hauses. Ein solches Vorgehen, sagte er, würde alle Mütter, alle jungen Wöchnerinnen der Kundschaft verlegen. Es wurde feierlich beschlossen, daß jede verehelichte Verkäuferin, wenn sie schwanger würde, bei einer speziellen Hebamme untergebracht werden solle, sobald ihre Anwesenheit im Magazin anstandshalber unmöglich würde.

Als Denise am folgenden Tag in das Krankenzimmer hinaufging, um Pauline zu besuchen, welche infolge des erhaltenen Stosses sich zu Bett begeben hatte müssen, küßte diese das Mädchen auf beide Wangen.

— Wie gültig Sie sind. Ohne Sie hätte man mich hinausgeworfen. Beunruhigen Sie sich nicht; der Arzt sagt mir, es werde nichts zu bedeuten haben.

Bange, der sich einen Augenblick aus seiner Abtheilung entfernt hatte, war ebenfalls da; er stand auf der andern Seite des Bettes, auch er stammelte einige Dankesworte für Denise, die er jetzt wie ein höheres Wesen mit äußerster Respekts behandelte.

— Gah, meinte er, wenn es jetzt noch Einer wagen sollte, ein schmutziges Wort über Sie laut werden zu lassen, wie würde ich ihm den Kopf einschlagen!

Doch Pauline sandte ihn mit einem Achselzucken in seine Abtheilung zurück.

### Feuilleton.

(Abdruck verboten.)

(93)

### „Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisierte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Die Zeitungen beschäftigen sich mit dem Ereignisse und selbst Bourdoncle, den alle diese Neuerungen erbitterten, mußte vor dieser enormen Reklame das Haupt beugen. Später wurde ein Spielsaal für die Kommis eingerichtet, wo sie Billard, Trietrac und Schach spielen konnten. Endlich wurden Abendkurse eingeführt, in welchen Deutsch und Englisch, Geographie und Arithmetik vorgetragen wurden. Eine Bibliothek von 10 000 Bänden wurde zum Gebrauch der Kommis gegründet. Es gab einen Arzt im Hause, der unentgeltlich ordnete; es gab Bäder, Buffets, einen Friseursalon. Das ganze Leben war beissamen; man brauchte nicht auszugehen, Alles war im Hause; das Studium, die Verköstigung, die Unterkunft, die Bekleidung.

Und nun bildete sich eine neue Strömung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten Denizens. Während der überlieferten Bourdoncle seinen Getreuen in Verweigerung wiederholte, daß er Vieles darum gegeben haben würde, wenn er selbst sie Mouret ins Bett hätte legen können, wurde zugleich abseitig zugestanden, daß sie nicht nachgegeben habe, daß ihre Allmacht eben von der Weigerung herstamme. Von diesem Augenblicke an ward sie populär. Da war endlich Eine, die dem Patron den Fuß auf den Nacken

würde eine Steigerung der Ausfuhrziffer bedeuten. Wenn mit einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter z. B. in Sachsen gedroht wird, so schreckt uns das nicht. Schlechter als jetzt, wo die Lebensmittel künstlich verteuert sind, wo Industrieölle herrschen, und jeder Arbeiterschutz fehlt, kann es nicht mehr werden. Der Schaden der McKinley-Bill wird mehr als ausgeglichen, wenn man die Kornölle aufhebt. Hier ist der Hebel anzusetzen.

Und noch eins! Der Lärm ist größer, als die Wichtigkeit der Sache verdient. Gewiß, einige Schwierigkeiten mehr hat der deutsche Exporteur zu überwinden, wenn das neue Gesetz in Kraft tritt. Aber sein Abfahrgebiet kann er sich erhalten. Die Wuth richtet sich ja auch in erster Reihe gegen die schärferen Kontrollbestimmungen.

Die deutschen Exporteure vor allem sind, wie u. a. die deutschen Konsulatsberichte ausweisen, die unreellsten der Welt, sie liefern schöne Muster, schlechtere Waare in mangelhafter Verpackung, sie treiben durch Unterfakturierung der Waaren, d. h. durch zu niedrige Waarenpreisangaben für Verzollungszwecke, Mogeleien, wie aus amtlichen Mittheilungen ersichtlich ist. Daß die Yankee ihnen jetzt mehr auf den Kram passen, das ist ein Hauptquell der neuen Leiden.

Was aber kümmert dieser grobe Unfug das deutsche Proletariat?

## Politische Uebersicht.

Die bedingte Verurtheilung wird anscheinend nicht zur Einführung in Deutschland gelangen, auch nicht versuchsweise durch ein zeitlich beschränktes Gesetz. Bekanntlich besteht das Wesen der bedingten Verurtheilung, welche in Belgien, England und im Staate Massachusetts seit einigen Jahren eingeführt ist, darin, daß einem zum ersten Male Verurtheilten die Strafe erlassen wird, wenn er binnen einer bestimmten, vom Richter bezeichneten Frist eine zweite Verurtheilung wegen einer Straftat verwandter Gattung nicht erleidet. Ob die bedingte Verurtheilung nur bei Vergehen und Verbrechen jugendlicher Personen, ob sie für alle oder nur für bestimmte Vergehen in Anwendung kommen soll, diese Fragen sind dabei gefordert zu beantworten. Das preussische Justizministerium hatte nun die Oberlandesgerichts-Präsidenten und Oberstaatsanwälte sämtlicher (dreizehn) Oberlandesgerichts-Bezirke zu gutachtlichen Aeußerungen über die bedingte Verurtheilung, unter Vorlegung bestimmter Fragen, veranlaßt. Von den dreizehn Gutachten verwarfen zwölf die Neuerung vollständig, das dreizehnte hält ihre Einführung „zur Zeit“ noch nicht für möglich. Da das Reichsjustizamt sich wohl in demselben Sinne entscheiden wird, so dürfte dieselbe für Deutschland einstweilen aussichtslos geworden sein. Es ist dies immerhin bedauerlich. Wie werden und dürfen zwar nicht müde werden, auf die sozialen Verhältnisse als die Hauptursache der Verbrechen und als das Gebiet, auf welchem das Verbrechen bekämpft werden muß, mit allem Nachdruck zu verweisen. Wir legen deshalb einer Einrichtung wie der bedingten Verurtheilung nur eine mäßige Bedeutung bei. Aber wir befürworten sie schon wegen der schlechten Folgen der kurzen Freiheitsstrafen. Die erste Gefängnisstrafe schädigt die Ehre des Verurtheilten als eigenes, persönliches Ehrgefühl und als Werthschätzung seitens der Menschen. Es ist also das Bemühen nicht zu verwirken, die erste Gefängnisstrafe demjenigen zu ersparen, von welchem anzunehmen ist, daß er dauernd vor dem Gefängnis bewahrt bleiben kann. Die zwölf Gutachter haben darauf nun eine sehr merkwürdige Entgegnung. Sie sagen: Seid ihr gegen die kurzen Gefängnisstrafen, nun, so wollen wir einfach statt der kurzen lange Strafen verhängen. Die Anhänger der be-

dingten Verurtheilung wollen aber doch durch die Vermeidung der kleinen, kurzen Strafe, auch die ihr gewöhnlich folgende größere, längere Strafe vermeiden. Ferner meinen sie, der Erlaß der Strafe werde dem Verurtheilten doch nicht nützen, denn das Volk sehe nicht auf die Thatsache der Strafverhütung, sondern auf die der Verurtheilung. Das ist nicht ganz richtig, denn das Volk sagt: „Der hat im Gefängnis gefessen“; im übrigen beweist es nichts, denn die Verurtheilung gilt nach Ablauf der vom Richter gestellten Frist als nicht geschehen, es handelt sich keineswegs bloß um den Erlaß der Strafverhütung. Es wird dann noch das kleinliche Bedenken angeführt, daß der bedingt Verurtheilte, wenn er von neuem gefrevelt habe, mit doppelter List seine That zu verheimlichen, ja über seine Personalien zu täuschen suchen werde. Alles in Allem: die bedingte Verurtheilung ist eine Milderung im Strafwesen und die herrschende Strömung will nichts von einer Milderung, sondern nur etwas von Strafverschärfungen wissen.

**Die Quittungskarten des Invaliditätsgesetzes.** Der Bundesrath hat für die im Invaliditätsgesetz vorgesehenen Quittungskarten ein Formular herstellen lassen. Dasselbe ist auf einem aus Zellulose bestehenden, mit Eisenoxyd und Bleichromat gelb gefärbten Stoff von 3 pCt. mittlerer Dichtung und 2 pCt. Aschegehalt herzustellen. Das Formular enthält auf der Innenseite Platz zum Eintragen von je einer Marke für 62 Kalenderwochen und Platz für die summarische Aufrechnung der Beiträge des Jahres, sowie der Bescheinigungen über die Dauer der Krankheiten und militärischen Dienstleistungen. Auf der Außenseite sind außer den Personalien des Arbeitnehmers die §§ 103, 146 und 151 des Gesetzes abgedruckt. Gleichzeitig hat der Bundesrath den Beschluß gefaßt, daß von besonderer Herstellung der Zusatzmarken des Reiches abgesehen und statt dessen für jede Versicherungsanstalt eine Doppelmarke hergestellt werde, welche die Zusatzmarke mit einer Marke der Lohnklasse 2 verbindet.

**Ein historischer Rückblick.** Als in England das Großkapital zu Anfang unseres Jahrhunderts seine Ausbeutungsjachtel in einer brutalen Weise zu handhaben begann, wandten sich schließlich die Arbeiter an das Parlament, das denn in der That von 1802 bis 1833 fünf Arbeitsakte erließ, die indeß in der Praxis kaum durchgeführt wurden. Das Gesetz von 1833 erklärt, daß der Arbeitstag um 1/2 Uhr Morgens beginnen und 1/2 Uhr Abends endigen solle. Innerhalb dieser Zeit durften Kinder zwischen 13 und 18 Jahren 12 Stunden täglich beschäftigt werden, Kinder von 9 bis 13 Jahren durften täglich 8 Stunden lang abgeradert werden.

Durch das Gesetz vom 10. September 1844 wurde für die Arbeiterinnen über 18 Jahren die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt; die Arbeitszeit von Kindern unter 13 Jahren wurde auf 9 1/2 und unter gewissen Bedingungen auf 7 Stunden täglich reduziert. Durch das Gesetz vom 7. Juni 1847 wurde der Arbeitstag für junge Personen (von 13 bis 18 Jahren) und aller Arbeiterinnen auf 11 Stunden und am 1. Mai 1848 auf 10 Stunden beschränkt und die Nachtarbeit für Arbeiterinnen verboten.

Durch das Gesetz vom 5. August 1850 wurde der Arbeitstag für junge Personen und Frauenzimmer in den 6 Wochentagen von 10 auf 10 1/2 Stunden erhöht, für den Sonnabend auf 7 1/2 Stunden reduziert. Unter letzterem Gesetz wurden in den folgenden Jahren 1860, 1861 und 1864 eine Reihe von Gewerben gestellt, die bis dahin schrankenlos betrieb werden konnten. In der Folge wurde das Gesetz auch auf die Gewerbe und bis zu einem gewissen Grade auch die Hausindustrie ausgedehnt. Durch das Gesetz vom 27. Mai 1878 ist endlich die ganze Gesetzesarbeit vereinigt und lobifizirt worden.

In der Schweiz wurde durch das Bundesgesetz vom 29. März 1877 der elfstündige Normal- (Maximal-) Arbeitstag, das Verbot der Sonntagsarbeit (wie in England) und die Bestimmung eingeführt, daß Kinder unter 14 Jahren nicht in Fabriken arbeiten dürfen.

In Oesterreich besteht seit dem 11. Juni 1885 der elfstündige Normalarbeitstag für Fabriken, das Verbot der Sonntagsarbeit und die achtfundige Tagesarbeit für Kinder von zwölf Jahren an.

Die oben erwähnten englischen Arbeitsstatuten aus dem 14., 15. und 16. Jahrhundert bestanden in ziemlich gleicher Fassung in damaliger Zeit auch in Frankreich und den Niederlanden. In neuerer Zeit datirt die französische Arbeiterschutz-Gesetzgebung von 1841 an.

In diesem Jahre wurde durch Fabrikgesetz die tägliche Arbeitszeit für Kinder von 8 bis 12 Jahren auf 8 Stunden und für die von 12 bis 16 Jahren auf 12 Stunden pro Tag festgesetzt. Das Gesetz von 1848, das den 12 stündigen Arbeitstag für Fabrik und Werkstatt festsetzte, blieb wie jenes auf dem Papier. Durch Gesetz von 1874 wird für gewisse Industriezweige die Arbeit von Kindern unter 12 Jahren und für Kinder unter 10 Jahren überhaupt verboten. Der Arbeitstag der Kinder von 10 bis 12 Jahren

ist mit 6 Stunden, der der jungen Personen von 12 bis 16 Jahren mit 12 Stunden bestimmt.

In Deutschland, das nach der kapitalistischen Presse die größte Sozialreform aufweist, sind nur Kinder von 12 bis 14 Jahren und „junge Leute“ von 14 bis 16 Jahren beschäftigt. Für ersteren beträgt die tägliche Arbeitszeit 6 Stunden, für letztere 10, wenn sie schulpflichtig sind, ebenfalls 6. Für die Kinder unter 12 Jahren ist die Arbeit in den Fabriken überhaupt verboten.

In den Vereinigten Staaten ist die Fabrik-Gesetzgebung bekanntlich noch immer Staatensache und die Gesetze sind sehr verschieden. Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter giebt es bloß im Dienste der Union und einigen Staaten und Städten. Für den Schutz der Frauen und Kinder ist in den letzten Jahren manches geschehen. Massachusetts steht da oben an. Die meisten Staaten im Norden gehen jedoch nicht weiter als Deutschland und im Süden besteht noch fast gar keine Beschränkung der Arbeitszeit.

**Das Zentrum.** Im „Münchener Fremdenblatt“, dem Organ der bayerischen Zentrumspartei, theilt ein bayerischer Zentrumsabgeordneter (vermuthlich Orterer) mit, wahrscheinlich stimme das ganze Zentrum für die Militärvorlage, wenn die Regierung bindende Erklärungen auf Verlängerung der Rekrutenvolanz und Vermehrung der Dispositionsbeurlaubungen abgäbe.

**Ueber Striks** schreibt die „Oesterreichische Arbeiterzeitung“: „Es ist einleuchtend, daß ein siegreicher Streik nur von größeren Arbeiterkräften, d. h. wenigstens von solchen, die eine ganze oder nahezu die ganze Branche umfassen, geführt werden kann. Eine Arbeitseinstellung, von einer einzelnen Werkstätte oder Fabrik, mit einem oder einigen Duzend Arbeitern begonnen, wenn nicht etwa die Ehre derselben auf dem Spiele steht, ist einfach leichtsinnig. Selbst oft nicht immer, in dem Falle leichtsinnig, wenn man damit einer angeklagten oder eingetretene Lohnreduktion vorbeugen will. Denn auch in diesem Falle sollte zuerst getrachtet werden, die Gesamtheit zu gewinnen, ein allgemeines Vorgehen zu versuchen und die übrigen Umstände zu überlegen. Vor diesen leichtsinnigen Ausständen zu warnen, ist Pflicht des Sozialdemokraten.“

Fast immer bei kleineren Unternehmungen ist das Resultat ein Nüchternes. Der kleine Fabrikant arbeitet nicht mit jenen großartigen technischen Hilfsmitteln wie der große und deshalb mit weit geringerem Profit wie letzterer. Er produziert er nur, damit einfach sein Kapital erneuert werde. Tritt nun ein Streik ein, ist er gezwungen, für einige Zeit zu stehen, so ist dies oft sein Ruin. Die größeren Unterneher schnappen ihm die Arbeit weg, ohne daß sie, eben wegen ihrer Maschinen und sonstigen praktischeren Produktion, mehr Arbeiter auszuheben gezwungen sind; die Streikenden sind dann in die industrielle Reservearmee dauernd oder doch für lange Zeit hinausgestoßen.

Der einzelne Unternehmer ist aber andererseits auch leichter in die Lage gesetzt, Ersatz zu finden für seine paar Arbeiter als ein ganzer Industriezweig. Sind keine Ersatzmänner am Platze, so ist es bei dem heutigen, sich stets verbilligenden Verkehrswesen nicht schwer, solche von außen herbeizuziehen. Ist es doch selbst bei mächtigen, ganze Produktionszweige umfassenden Ausständen nicht selten mit Erfolg von den Fabrikanten versucht worden, die Streikenden durch auswärtige, billigere Arbeitskräfte zu ersetzen. Um wie viel leichter geht dies bei dem Ausstände eines Duzendes von Arbeitern?

Solche unorganisirte, unvorbereitete, meist noch gedankenlos geleitete Arbeitseinstellungen schlagen immer zum Schaden der betreffenden Arbeiter aus. Ohne Organisation und ohne Mittel Krieg zu führen ist Wahnsinn, der sich allerdings oft bei Massen, die den Klassenkampf noch nicht begriffen, erklären läßt. Manche unvorbereitete Massenausstände lassen sich freilich nicht verhindern; sie ereignen sich spontan nicht Einzelne, sondern die ganze Masse. Durch ihre moralische Wucht erzwingen sie manchmal selbst geringe Erfolge. Gehen sie jedoch auch gänzlich verloren, so ist die Folge eine Organisation, deren Mangel vorher eben allgemein vermisst wurde. Leichtsinns sind aber diese kleinen Einzelgehechte ohne Nutzen und Zweck, bei denen die betreffenden Arbeiter verbluten, welche keine Organisation verursachen, sondern eine solche hemmen, weil die Indifferenzen in dem betreffenden Fache muthlos gemacht worden sind.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, hier einmal einzugreifen, soweit es in unserer Möglichkeit liegt. Die klassenbewusste, organisirte, sozialdemokratisch gestimmte Arbeiterschaft hat noch immer bewiesen, daß sie jeden Streik, wenn er einmal ausgebrochen ist, ohne viel Rederei thätigst unterstüzt, daß sie auch trachtet, trotz aller Einwände, selbst vom ungeduldeten Arbeiter aus, eine möglichst günstige Ende zuzuführen, nur um die demoralisirende Wirkung, die ein solcher Streik, der mit einer Niederlage endet, nach sich zieht, zu verhindern. Diefelbe Arbeiterschaft muß nun aber entschieden das Streiksieber zu lindern suchen, weil dieses sie in ihrer Thätigkeit vielfach hemmt und stört.

Wir haben ja noch wichtigeres zu vollbringen.“  
So das Oesterreichische Arbeiterorgan, dessen Ausführungen auch für Deutschland vollkommen zutreffend sind. Das Streiksieber hat uns viel geschadet und es ist hohe Zeit, daß die Ar-

\*) Dem Verurtheilten ist also Gelegenheit gegeben, durch ein ordentliches Verhalten nach der ersten Straftat vor dem Gefängnis bewahrt zu bleiben. Nach Ablauf der vom Richter bestimmten Frist gilt er als unbedingter, wenn er nicht eine zweite Verurtheilung erfahren hat; ist letzteres aber geschehen, so hat er zugleich mit der zweiten auch die erste Strafe zu verbüßen.

— Geh, geh, mein lieber Mann, Du redest lauter Tummheiten, laß' uns allein.

Das Krankenzimmer war eine lange helle Stube mit zwölf Betten, die mit reinlichen weißen Vorhängen versehen waren. Hier wurden die Kommiss gepflegt, die im Hause wohnten, wenn ihnen eine Krankheit zusieß und sie nicht zu ihren Familien zurückkehren wollten. An diesem Tage besaß sich Pauline allein hier, in der Nähe eines der großen Fenster, welche auf die Rue Neuve Saint-Augustin gingen.

— Er thut also Alles, was Sie wollen. Wie grausam ist es doch von Ihnen, ihn so zu quälen. Erklären Sie mir die Sache, da wir schon davon sprechen, lassen Sie ihn denn?

Sie hatte eine der Hände Denisens ergriffen, die neben ihrem Bett saß. Das Mädchen, von einer plötzlichen Erregung ergriffen, ließ angesichts dieser direkten und unerwarteten Frage das Geheimniß ihres Herzens entschlipfen. Sie verbarg das hochgeröthete Gesicht in den Polster und flüsterte:

— Ich liebe ihn.

Pauline war verblüfft.

— Wie, Sie lieben ihn? Dann ist es doch sehr einfach: Sagen Sie „ja“.

Denise aber sagte „nein“, indem sie energisch den Kopf schüttelte. Sie sagte „nein“ gerade, weil sie ihn liebte, ohne aber die Sache näher zu erklären. Das war gewiß lächerlich, aber sie war einmal so und konnte sich nicht anders machen. Die Ueberraschung ihrer Freundin stieg immer höher. Endlich fragte sie:

— Sie handeln also nur so, um seine Frau zu werden?

Das Mädchen richtete sich plötzlich auf. Sie war ganz verstört:

— Wie, um seine Frau zu werden? Ich schwöre Ihnen, daß ich nie daran gedacht habe. Nein, niemals ist eine solche Verechnung in meinem Kopfe aufgetaucht und Sie wissen, daß ich nicht lüge.

— Nun, meine Liebe, sagte Pauline sanft, wenn Sie wirklich die Idee hätten, sich heirathen zu lassen, so könnten Sie sich nicht anders benehmen, als wie Sie es thun. Die Sache muß ja ein Ende nehmen und da giebt es kein

anderes Mittel als die Heirath, da Sie das Andere nicht wollen. Hören Sie: alle Welt denkt so wie ich, man ist überzeugt, daß Sie ihm den Brotkorb nur deshalb so hoch hängen, um ihn zum Herrn Maire zu führen. Mein Gott, wie drollig sind Sie!

Und sie mußte Denise trösten, welche abermals schluchzend das Haupt auf das Kissen sinken ließ, indem sie wie derholte, daß sie schließlich fortgehen werde müssen, da man ununterbrochen ihr Gesichts anbedichte, die ihr niemals in den Sinn kamen. Es ist gewiß: wenn ein Mann eine Frau liebt, so muß er sie heirathen. Sie aber verlangte nichts, berechnete nichts, sie verlangte nur, daß man sie ruhig leben lasse mit ihren Sorgen und Freuden, wie jeden andern Menschen.

Zur nämlichen Zeit ging Mouret wieder einmal durch die Magazine. Um seinen Kummer zu betäuben, wollte er wieder einmal die Bauten besichtigen. Monate waren verflossen, die Fagade stand jetzt fertig da mit ihren monumentalen Linien hinter einer Bretterverkleidung, welche sie dem Publikum entzog. Ein ganzes Heer von Dekorateurinnen war am Werke: Marmorierer, Fayencearbeiter, Mosaikarbeiter; man vergoldete die Zentralsgruppe oberhalb der Nische, während man auf dem Acrotäre bereits die Piedestale anbrachte, auf welchen die Statuen sämtlicher Industriestädte Frankreichs aufgestellt werden sollten. Die Due du Dix-December, welche seit kurzer Zeit eröffnet war, war vom Morgen bis zum Abend von einer Menge Neugieriger erfüllt, die nichts sahen, sich jedoch für die Wunder interessirten, die man von dieser Fagade erzählte, deren Eröffnung ganz Paris in Aufregung versetzen sollte. Und auf diesem, von fieberhafter Arbeit erfüllten Bauplatz, mitten unter diesen Künstlern, welche die Verwirklichung des Traumes vollendeten, den die Maurer begonnen hatten, empfand Mouret bitterer als überall die Eitelkeit seines Vergnügens. Der Gedanke an Denise hatte ihm plötzlich die Brust zugeschnürt, dieser Gedanke, der ihn fortwährend verzehrte, wie die Flamme eines unheilbaren Leidens. Diese Fagade, die endlich stand, schien ihm klein, gleich einer jener Sandmauern, welche die Knaben zum Spiel erbauen und man hätte sie meilenweit verlängern

und bis zu den Wolken erhöhen können, sie hätte die Seele seines Herzens nicht ausgefüllt, welche das hartnäckige „Nein“ eines Kindes daselbst verursacht.

Als Mouret in sein Kabinett zurückkehrte, erstarrte er schier durch die zurückgehaltenen Thränen. Was wollte sie denn? Er wagte es nicht mehr, ihr Geld anzubieten und in dem Widerstreben des jungen Wittwers tauchte zum ersten Male unklar der Gedanke an eine Heirath auf. Das Gefühl seiner Machtlosigkeit erpreßte ihm endlich heiße Zähren, er war unglücklich.

### Fünftes Kapitel.

An einem Novembervormorgen, als Denise eben ihre ersten Aufträge in der Abtheilung ausgab, kam die Magd der Baudus, um ihr zu melden, daß Fräulein Genevieve eine sehr schlechte Nacht verbracht habe und daß sie ihre Base sogleich sehen wolle. In letzter Zeit ward das Mädchen von Tag zu Tag schwächer und vor zwei Tagen mußte sie sich ins Bett legen. Was Genevieve den Rest gab, war das plötzliche Verschwinden Colombans. Anfangs hatte er sich beängigt, öfters die Nacht über auszubleiben, dann war er immer mehr der gehorsame Hund Klaras geworden und endlich erhielt Baudu an einem Montag Morgens einen Brief von ihm, in welchem er von ihm einfach Abschied nahm und zwar in so gesuchten Worten, als trüge er sich mit Selbstmordgedanken. Vielleicht hätte man bei genauer Untersuchung unter dieser Leidenschaft auch die schlaue Berechnung jenes Burschen gefunden, der enttäuscht war, auf eine ihm verhängnisvoll scheinende Ehe verzichten zu können; das Geschäft des Tuchhändlers war in einem ebenso trostlosen Zustande wie seine Tochter. Er nahm die Gelegenheit wahr, durch einen tollen Streich zu brechen. Dabei hielt ihn noch Jedermann für ein Opfer seiner Liebe.

Als Denise im „Alten Elbeuf“ ankam, war Madame Baudu allein. Unbeweglich saß sie hinter dem Kassenpulte mit ihrem bleichen, blutlosen Gesichte und hütete die Stille und Leere der Butik. Es war kein Kommiss da, die Magd staubte die Fücher ab, und man beschäftigte sich schon mit dem Gedanken, die Magd durch eine Bedienerin zu ersetzen.

(Fortsetzung folgt.)

Seiter selbst Front machen gegen leichtsinnige Streiks. Man darf nicht vergessen, daß die gegenwärtige Geschäftslage keine günstige, der Unternehmer also dem Arbeiter gegenüber bei Konflikten entschieden im Vortheil ist und daß jeder verunglückte Streik die Macht der Unternehmer nur noch vergrößert.

**Schwelgende Arbeiter.** Dieser von Zeit zu Zeit in der Bourgeoispreffe sehr beliebte Artikel taucht zur Abwechslung wieder einmal im „Siegfried-Tagblatt“ auf. Dasselbe ließ sich kürzlich aus Beuthen schreiben: „Vor einigen Tagen kam in ein hiesiges Geschäft eine Anzahl junger Arbeiter, die Kaviar zu haben wünschten. Auf die Frage des Verkäufers, ob zu 7, 9 oder 11 Mark, forderten dieselben, als wenn es sich von selbst verstände, solchen zu 11 Mark. Hierzu kauften sie noch 2 Pfund Lachs und außerdem noch Sardinen, so daß sie einige 20 Mark zu zahlen hatten, worauf sie vergnügt von dannen zogen. Angeschrien wurden die Arbeiter, die irgendwo einmal etwas von Kaviar gehört hatten, nicht, was sie mit demselben anfangen sollten, denn kaum nach einer Viertelstunde kam einer von den jungen Arbeitern wieder in den Laden und fragte sehr naiv: „Sagen Sie mal, wie wird denn der Kaviar eigentlich gefischt?“ Ein Parteigenosse hat über diese Räubergeschichte Erfindungen eingegeben und kann mittheilen, daß selbstredend Alles die reine, nackte Wahrheit ist. Es ist noch sehr gnädig von dem Kapitalistenblatt, daß es sich mit dem Kaviar begnügt hat. Das nächste Mal könnte man die Geschichte etwa in folgender Weise kompletieren: „Aus dem betreffenden Laden zogen die Arbeiter weiter und kauften in einer Weinhandlung nicht weniger als 25 Flaschen prima Bordeaux und 20 Flaschen Champagner (Röderer, carte blanche). Diese ließen sie in die reizende Villa „Stillvergügn“ senden, die einer von ihnen sich jüngst hat bauen lassen, und dort führten sie mit einigen hübschen Fabrikantentöchtern, die sie unter der Drohung, sonst zu freizeiten, willfährig gemacht, eine Orgie aus, wie sie nur ein überfättigter Geschmack erinnern kann. Und das alles auf Kosten der armen schlesischen Fabrikbesitzer, die bei 12—14stündiger Arbeitszeit mit einem Reinertag von höchstens 12 Mark die Woche für Lieb nehmen müssen. Es ist schändlich!“ — Wem da nicht ein pflichtschuldiges Grausen überläuft, dem ist nicht zu helfen!

**Zum Schadenersatz** ist in Frankfurt a. M. ein Polizeikommissar auf Klage eines Wirths verurtheilt worden, weil er nach Auflösung einer Versammlung einen Theil der Versammlung verhindert hatte, in einer anderen Wirthschaft sich niederzulassen.

**Vom Oberrhein, 18. Juni.** Es ist der Stadt Mülhausen im Elsaß das Heil geworden, daß der berühmte Polizeikommissar Wollmann, wenn auch nicht in früherem Amt und Würden, ihr als Wirthbürger erhalten bleibt. Seine Stellung ist nicht minder einflußreich, er wurde zum Kontrollverwalter der Stadt Mülhausen ernannt. Wie berichtet wird, galt sein erster Besuch — wiewohl ein Zufall, — einem Sozialdemokraten, mit denen Herr Wollmann bekanntlich so schlimme Erfahrungen gemacht hat.

**Merrane, 18. Juni.** Eine stark besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete A. Schmidt sprach, erklärte einstimmig, daß die Kinley-Tarifliste nichts anderes als eine Folge der deutschen Schutzoll-Gefährdung sei, mit der auf allen Gebieten gebrochen werden müsse.

### Oesterreich-Ungarn.

**Triest, 19. Juni.** Die Seebehörde hat angeordnet, daß die Provenienzen aus sämtlichen spanischen Häfen vom 18. d. M. ab ärztlicher Untersuchung unterliegen.

### Großbritannien.

**London, 17. Juni.** In Barnsley fand gestern die größte Kundgebung von Bergarbeitern statt, die in Yorkshire jemals abgehalten wurde. 60 000 Menschen, begleitet von 70 Musikkapellen, hielten einen Umzug durch die Stadt. Die Parlamentariermitglieder Carl Compton und Mr. Picard hielten Ansprachen an die riesige Versammlung und es wurden einstimmig Beschlüsse gefaßt zu Gunsten der Einbringung einer Vorlage im Unterhause für einen achtstündigen Arbeitstag, sowie gegen verschiedene Bestimmungen des Arbeitgeber-Haftpflichtgesetzes. Das Verhalten der britischen Delegirten in der in Yokohama abgehaltenen Konferenz wurde gebilligt.

**London, 19. Juni.** Oberhaus. Lord Salisbury erklärt, die Regierung habe, bevor sie die Abtretung Helgolands beschlossen, die Ansicht maßgebender militärischer Rathgeber, nicht aber die Ansicht der Bevölkerung Helgolands eingeholt; ein Plebiszit gehöre nicht zu den Traditionen Englands. Er habe guten Grund, zu glauben, daß, wenn die Bewohner Helgolands früher gegen eine Vereinigung mit Deutschland gewesen seien, der Grund davon hauptsächlich in der Furcht vor der Konstriktion bestanden habe. Die Regierung habe stipuliert, daß von den zur Zeit der Abtretung der Insel lebenden Bewohnern Helgolands keiner der obligatorischen Heeres- oder Flottendienstpflicht unterworfen sein solle. Die Unterhandlungen mit Deutschland seien meist mündlich geführt worden, der auf das Abkommen bezügliche Schriftwechsel sei nicht umfangreich. — Der Deputy-Lord Chamberlain richtete an den ersten Lord des Schachtes, Smith, die Anfrage, ob, falls die Abtretung Helgolands betreffende Bill vom Parlament abgelehnt werde, auch die übrigen Bestimmungen des deutsch-englischen Abkommens hinfällig würden. Smith erwiderte, seiner Ansicht nach könne, wenn ein wichtiger Theil des Abkommens nicht ratifiziert werde, auch der Rest des Abkommens nicht aufrecht erhalten werden. Er gebe diese Erklärung indes ohne Ermächtigung seitens der übrigen Kabinettsmitglieder ab; Fragen dieser Art sollten doch blüthiger Weise nicht ohne vorherige Ankündigung gestellt werden.

**Unterhaus.** In Beantwortung mehrerer Anfragen erklärte Unterstaatssekretär Ferguson, in das englische Protektorat über Sanibar sei das gesamte Gebiet des Sultans von Sanibar mit alleiniger Ausnahme des Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpacketen Küstenstreifens eingegriffen. Das dem deutschen Protektorat über das Damaraland, das England schon vor einiger Zeit anerkannt habe, sei durch das jegliche mit Deutschland getroffene Abkommen keinerlei Veränderung eingetreten. Das deutsch-englische Abkommen bezwecke hauptsächlich die Feststellung der respektiven Einflusssphären überall da, wo eine solche bisher nicht festgestellt habe. — Der erste Lord des Schachtes Smith erklärte, wegen der Abtretung der Insel Helgoland werde, sobald das Abkommen mit Deutschland zum definitiven Abschluß gelangt sei, eine Kommission niemals beauftragt werden. Ein Gutachten einer Kommission niemals beauftragt werden. Ein Gutachten der Flottenbehörden über den strategischen Werth von Helgoland dem Hause vorzulegen, werde von der Regierung nicht beabsichtigt.

Der erste Artikel der Einkommen-Will wurde mit 228 gegen 224 Stimmen angenommen. Die geringe Mehrheit, mit welcher die Annahme erfolgte, erklärt sich aus dem Fehlen zahlreicher Konservervater, welche die Abstimmung erst später erwartet hatten.

### Frankreich.

**Paris, 19. Juni.** Infolge der Erklärungen der russischen Anselligen über einen bezahlten Auswiegler, den man bisher noch nicht hat wieder auffinden können, hat der Untersuchungsrichter verfügt, Werbitschewski aus der Haft zu entlassen. Man erwartet, daß demnächst auch Renselsohn und Denscki werden freigelassen werden.

### Spanien.

**Valencia, 19. Juni.** Heute sind in Puelle de Rugat nur zwei Todesfälle vorgekommen und zwei verdächtige Erkrankungen in dem Flecken Benignaniam. Eine Kommission des Gesund-

heitsrathes in Madrid, welche in letzterem Orte angekommen ist, hat erklärt, daß es sich um Cholera handle, dieselbe sei aber lokalisiert.

### Amerika.

**Philadelphia, den 8. Juni.** Jüngst ein Spastvogel muß in Deutschland, so schreibt das „Ph. Sonntagsjournal“ die Meinung verbreitet haben, der „fromme Dosenmacher“ und Generalpostmeister Banamaker sei eigentlich ein Deutscher Namens Bannenmacher und dabei ein Menschenfreund aus dem 17. der danach brenne, seine ungeheuren Reichthümer an allerlei Wittstücker in Deutschland zu vertheilen. Schon seit mehreren Monaten wird er mit Bettelbriefen aus Deutschland überschwemmt. Und er ist nicht der stolz vornehme Menschenfreund, der solche Briefe stillschweigend dem Nichts übergibt. Sondern ihm, der wegen seiner Sonntags- und Wasser-Muderei und wegen der Betriebsamkeit, womit er seine amtliche Stellung zugleich für seinen riesigen Rode- und Hofenhandel ausbeutet, schon so oft von der deutsch-amerikanischen Presse verspottet worden ist, macht es ein besonderes Vergnügen, jetzt die Bettelbriefe aus Deutschland an die große Glocke zu hängen.

Da ist z. B. ein Mann in Leipzig, der, von Banamaker's Wasser-simpel nicht ahnend, am Kopfe seines Briefes sich als „Spezereihändler und Verkäufer von Burgunderweinen“ bezeichnet. Er schrieb an Banamaker folgendes: Als schwerbedrängter, tiefverschuldeter Familienvater siehe er an dem Rande eines Bankrottes und bitte daher um ein Darlehen von 5000 M., die er nach fünf Jahren ehrlich mit Zinsen zurückzahlen verpfehle. Als seine Antwort kam, wiederholte der Mann seine Bitte noch dringlicher in einem Rabeltelegramm.

Ein Franzen in einer anderen deutschen Stadt ist bescheidener und bittet den guten, frommen, reichen Herrn in Washington um 500 M. zur Anschaffung einer neuen Nähmaschine und zur Tilgung einiger kleinen Schulden.

Zahlreich sind die Bettelguche von Geistlichen, wenn auch nicht für ihre eigene Person. Ein Dorfpfarrer im Erzgebirge, der gehört hat, daß Banamaker jeden Sonntag nach Philadelphia eilt, um der lieben Schuljugend Sonntagschule zu halten, bittet um ein Geschenk von 2000 M., um seinen Konfirmanden neue Kleider und Schuhe für die Communion anzuschaffen. Ein anderer „Bruder in Christo“ bittet um eine neue Orgel, da die alte kurz nach Beendigung des dreißigjährigen Krieges verfertigt worden sei und nunmehr nur noch die quiekenden Töne eines alten Leierkastens von sich gebe.

Diese und andere Pfarrerherren, die wenigstens nur für Andere betteln, versprechen Alle dem edlen freigebigen Manne Gottes zu Washington den dankbaren Chorgesang und des Himmels reichsten Segen, wenn er seine milde Hand anstehue. Aber die milde Hand im Generalpostamt zu Washington blies und bleibt verschlossen.

Zum Schluß sei noch eine der frechsten Privatbetteleien angeführt. Eine adelige Dame in Schlesien bat Herrn Banamaker um — 30 000 M., damit das verschuldete Rittergut ihres Mannes wieder zu einem wünschenswerthen sicheren Besitzthum gemacht werden könne. Ihr Mann fügt sie hinzu, dürfe nichts von diesem ihrem Schreiben erfahren, da er eine solche Bitte nicht gutheißen würde; sie aber mache sich verbindlich, das Darlehen in zehn Jahren zurückzubzahlen.

## Parlamentarisches.

**In der Budgetkommission, welche Freitag Vormittag 11 Uhr zusammentrat, giebt ein konservatives Mitglied in seinem und dreier oder vier Kollegen Namen zu Protokoll, daß er gestern irrtümlich gegen eine — natürlich militärische — Position gestimmt habe. Die Erklärung hat den rein platonischen Charakter einer Gewissens- (und Loyalitäts-) Salbung, statemalen der betreffenden Posten auch durch die Stimmen der Konservativen (die ganz vereinzelt gewesen wären) nicht hätte gerettet werden können.**

Das Militär ist auch heute noch in der Kommission vertreten — freilich nicht so stark wie gestern. Es kommen nur noch ein paar Posten vor, die das Militär interessieren, jedoch insgesammt hoffnungslos sind. Indes ein guter Soldat muß auch auf einem verlorenen Posten ausstehen.

Da die Resolution des Reichstags vom 24. Januar d. J. die Grundlage der Kommissionsbeschlüsse bilden wird, so sei dieselbe hier mitgetheilt. Sie lautete dahin:

Die veränderten Regierungen zu ersuchen:

1. Dem Reichstag spätestens in der nächsten Session einen Nachtrags-Etat vorzulegen, durch welchen bereits für das Etatsjahr 1890/91 eine angemessene einmalige Erhöhung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten herbeigeführt wird;
2. demgemäß eine dauernde Aufbesserung der Bezüge der weiteren und mittleren Beamten vom Etatsjahr 1891—92 ab zur Durchführung zu bringen.

Nachdem gestern alle Forderungen für Militärs und höhere Beamten entweder einstimmig oder mit überwältigender Majorität verworfen worden sind, beginnt man heute mit der Tarifklasse V, welche in ihren 28 Klassen die Beamten von 1100 bis 5000 M. Gehalt umfaßt.

Der Referent Strombeck beantragt, die Klassen 1 bis 16 (1700 bis 5000 M. Gehalt) einer Subkommission zu überweisen.

Mit Abrechnung der gestern gestrichenen Posten, im Betrag von 6 Millionen rund, würden, wenn von neuem alle Posten ohne Abstrich bewilligt würden, 14 Millionen übrig bleiben. Der Reichstag hatte bei seinem Beschluß vom 24. Januar er. nur eine Erhöhung im Gesamtbetrag von 6 Millionen im Auge, also weniger als die Hälfte. Dazu kommt, daß, wenn allen Beamten der noch übrigen höheren Tarifklassen die von der Regierung geforderten Erhöhungen bewilligen würde, der Konsequenz halber weitere Erhöhungen sich nothwendig machen würden, welche die Gesamtsumme auf 20 Millionen brächten.

Trotzdem plädiert ein finanzieller Regierungsvertreter sehr warm für die Bewilligung aller Posten — was seines Amtes war, und motivirte dies u. a. durch, daß gestern auch von Herrn Stephan ins Feld geführte Argumente, daß man die Beamten, wenn man sie nicht gut und ausreichend bezahle, unzufrieden mache und ihnen die Arbeitsfreudigkeit nehme. Es versteht sich, daß dieses Argument nur für die höheren Beamten gilt, daß aber ein niederer Beamter und ein Arbeiter mit seinem Gehalt oder Lohn, auch wenn es ein Hungergehalt oder Hungerlohn ist, zur Zufriedenheit verpflichtet ist, und auch thatsächlich zufrieden sein würde, wenn die bösen Agitatoren nicht künstlich die Milch der frommen Zufriedenheit in das gährende Drachenblut staatsgefährlicher Unzufriedenheit verwandelten.

Die Regierung sucht das elastische Wort „mittlere Beamten“ in der Reichstagsresolution möglichst weit auszuwecken, so daß es die Beamten bis zu 5000 M. Gehalt umfaßt. Die Kommission hat jedoch keine Neigung, der Resolution vom 24. Januar einen solchen Summi-Charakter zu geben.

Nicht er beantragt, die Klassen 1—12 sofort zu streichen und bloß die Klassen 13—16 (1700 bis 5500 M.) der Subkommission zu überweisen.

Singer wünscht, daß noch die Klasse 12 (2400 bis 3000 M.) der Subkommission überwiesen werde. Er zieht aber einen betreffenden Antrag zurück, weil über Klasse 12 ja doch in der Kommission diskutirt werden könne.

Es wird eine Subkommission von fünf Mitgliedern gewählt. Vor die Subkommission werden die Klassen 9—16 verwiesen.

Die Subkommission besteht aus den Abgeordneten Strombeck, Baumbach, Hahn, Siegle, Liebnecht, nebst dem Vorsitzenden Quene. Sie hat ihre nächste Sitzung Freitag Abend 7 1/2 Uhr.

Die Kommission setzt Sonnabend Vormittag 10 Uhr ihre Beratungen fort.

Die Wahlprüfungskommission hat die Gültigkeit der Wahlen im Landkreise Königsberg und im Wahlkreise Boms-Meserich beanstandet und den Reichskanzler dabei ersucht, eine Untersuchung über behauptete Gefehwidrigkeiten in je einem Abstimmungsbezirk (Öffnung der Stimmzettel durch den Wahlvorsteher u. s. w.) zu veranlassen.

## Soziale Uebersicht.

**Zimmerleute Berlins und Jüngere! Arbeitsgenossen!** Als wir im vorigen Jahre den Kampf um besseren Lohn und Arbeitsbedingungen aufnahmen, geschah es von unserer Seite mit dem Bewußtsein, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt eine Aufbesserung bedürftig waren; es war unmöglich mit den Profamen, welche uns von Seiten unserer Arbeitgeber für unsere schwere und anstrengende Arbeit gereicht wurden, unserer Verpflichtung der Familie und dem Staate gegenüber nachzukommen. Ihr wißt, welche Opfer uns die Erreichung der so gerechten und geringen Forderung neunstündiger Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn gekostet hat.

Kameraden! Wir brauchen Euch nicht daran zu erinnern, daß wir während des sechsmonatigen Streiks alles was wir uns bei einer günstigen Arbeitsperiode mühsam angeschafft haben, nach dem Verlust haben tragen müssen und manchen Tag trotzdem noch hungrig mühen zu Wette gehen und viele von uns haben noch unter diesen Folgen zu leiden.

Wir geben zu, daß Ihr durch den Mißbrauch, welchen der Leiter der vorjährigen Bewegung mit Eurem Vertrauen getrieben hat abgesehrt seid, doch wir geben Euch zu bedenken, ob die schlechte That eines einzelnen Veranlassung geben kann, die mit so schweren Opfern erzielte Verbesserung unserer Lage illusorisch zu machen.

Kameraden! Wir brauchen Euch nicht vollständig dem leidigen der Arbeiterbewegung so schädlichen Indifferentismus verlassen seid, so werdet Ihr anerkennen müssen, daß es so nicht weiter gehen kann, die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr und mehr zu. Wer zahlt noch 60 Pf. Stundenlohn? Wer läßt nur 9 Stunden arbeiten? Es sind nur noch einige wenige Arbeitgeber, bei den Anderen wird 10—13 Stunden gearbeitet und der Lohn schwankt zwischen 50 und 55 Pf. pro Stunde, wenn es so weiter geht und dies wird es, wenn wir dem kein Einhalt gebieten, so sinkt der Lohn bis zum Schlusse des Jahres auf 40 Pf. pro Stunde herab.

Kameraden! Wir haben uns die Frage vorzulegen, was haben wir zu thun, um den fortwährenden Rückgang unserer Existenzmittel, d. h. des Lohnes und der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten und hier giebt es nur eine Antwort: „organisirt Euch.“ schließt Euch den hier bestehenden Organisationen an, damit wir, wenn nicht in diesem so doch im nächsten Jahre wieder als eine geschlossene, geeinigte Masse den Ausbeutungen unserer Arbeitgeber entgegenzutreten können. Sehet hin nach Hamburg, dort habt Ihr ein kraßes Beispiel, wie die Arbeiter, verbunden mit der Kapitalmacht, die Organisation unserer dortigen Arbeitsgenossen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zerstören wollen, wie die Unternehmer unseren Kameraden als eine geschlossene Klasse entgegenzutreten; es ist dort nicht mehr ein Kampf um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, nein, die dortigen Arbeitgeber, verbunden mit den Innungsheiden ganz Deutschlands und hinter diese die Macht des Kapitals, haben die Lösung ausgegeben: Nieder mit dem politischen Recht der Arbeiter, nieder mit dem Koalitionsrecht, mit einem Wort, der wirtschaftliche Kampf, welcher unseren Brüdern dort ausgefochten wurde, ist von Seiten der Kapitalisten zu einem Klassenkampf erhoben worden; die Bismarckianer wollen Ruhe nehmen wegen des 20. Februar, dessen Ausfall sie nicht verschmerzen können; es ist die blinde Wuth des Bourgeois, welche in dem dortigen Kampf zum Ausdruck kommt, man will uns wieder hinab drücken, wir sollen nur die Pflicht haben, zu arbeiten, aber nicht das Recht, mit zu bestimmen über unser eigenes Dasein; darum der Vernichtungskampf des Kapitals gegen unsere Organisation.

Kameraden! Uns würde nicht besser gehen wie unsere Hamburger Genossen, wenn wir nicht zeitig daran denken, uns fest zu organisiren, es wird auch hier nicht allein die Herabsetzung des Lohnes und die Erhöhung der Arbeitszeit von unseren Unternehmern verlangt werden, sondern man wird uns auch unsere politischen und menschlichen Rechte antaufen, darum wachet auf und vereinigt Euch, so wie es bisher gegangen ist, darfs und kann's nicht weiter geben, wir sind jetzt zum Spott und Hohn einer jeden anderen Gewerkschaft geworden, wir die sonst als die Pioniere an der Spitze der Arbeiterbewegung marschirten, sind ein Spielball in den Händen unserer Arbeitgeber geworden, wir stehen denselben vollständig kraft- und machtlos gegenüber.

Kameraden! Ob alt oder jung, Eure Pflicht ist es, beizutragen, daß wir Zimmerer Berlins wieder den Ehrenplatz in der modernen Arbeiterbewegung einnehmen, der uns gebührt und dies geschieht nur dadurch, daß wir uns organisiren.

Zum Schluß legen wir Euch nochmals ans Herz, bedenkt Euch, bedenkt Eure Familie, bedenkt die Zukunft und wenn noch ein Funke Ehrgefühl in Euch schlummert, so ist es Eure Pflicht einer Organisation beizutreten und zwar derjenigen, welche nicht nur die materielle Aufbesserung seiner Mitglieder erstrebt, sondern auch dahin wirkt, daß das Klassenbewußtsein seiner Mitglieder gehoben wird, in der Ueberzeugung, daß ein zielbewußter, die Ziele der modernen Arbeiterbewegung kennender Arbeiter fähig ist, auf jeden Gebiet des heutigen Lebens den Sieg davon zu tragen, während diejenigen, welche nur die materielle Aufbesserung erstreben, ebenso schädlich für die Arbeiterbewegung als die Vergnügungsvereine, Rauch-, Regels-, Clubs-, Athleten-Clubs, Theatervereine und dergl., sagt Euch los von diesen Hemmnissen der Arbeiterbewegung und schließt Euch der Freien Vereinigung der Zimmerleute Berlins an. Wir laden Euch hiermit gleichzeitig, ob Mitglied oder nicht, zu unserer Versammlung am Sonntag, den 22. Juni, Vormittags 10 1/2 Uhr in Orschel's Salon, Sebastianstraße 33, ein. Die Tagesordnung lautet: 1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und das Koalitionsrecht. Referent: August Brinkmann (Magdeburg). 2. Der Name des Referenten und die Tagesordnung birgt Euch dafür, daß Euch etwas Gediegenes geboten wird; darum fehle Keiner am Sonntag in der Versammlung, ein Jeder ist willkommen; hört und dann entscheidet, ob mit uns oder gegen uns. Der Vorstand. J. A.: Hugo Lehmann, Stettinerstr. 9. — Um die weiteste Verbreitung dieser Versammlungseinladung wird gebeten.

### Theater.

Sonnabend, den 21. Juni.  
**Opernhaus, Diphelo.**  
**Schauspielhaus, Der Sturm.**  
**Berliner Theater, Diphelo.**  
**Deutsches Theater, Der Unterhaitssekretär.**  
**Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.**  
 Der arme Jonathan.  
**Wallner - Theater, Mamsell Ni-touche.**  
**Viktoria-Theater, Stanley in Afrika.**  
**Ostend-Theater, Rabale und Liebe.**  
**Bellevue-Theater, Der Nautikus.**  
**Kroll's Theater, Lucia v. Lammermoor.**  
**Kaufmann's Variété, Große Spezialitäten-Vorstellung.**

### Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.  
 Auftreten d. Siedersängerin **Frl. Steinow.**  
 Auftreten des Gesangsumoristen **Herrn Jonas.**  
 Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators **Herrn Gddleke.**  
 Auftreten der Geschwister **Horzog.**  
 Auftreten des musikalischen Regener-Klown **Mr. de Dolfs.**

### Ettablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:  
**Grosses Garten-Concert.**  
 Direktion **A. Ködmann.**  
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**  
 Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.  
 Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.  
**Großer Frühstücks- und Mittagstisch.**  
 Spezial-Ausgang von **Pajenhofers Export-Bier, Seidel 15 Pf.**  
 Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.  
**F. Müller.**

### Variété-Theater.

(Hasenhaide)  
 Herrmannstr. 18 — Neue Strasse 18.  
 Im herrlichen Garten:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten - Vorstellung.**  
 Im Saale:  
**BALL.**  
 Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder frei!  
 Zu Privatfestlichkeiten halte mein Ettablissement empfohlen.

**Passage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.**  
**Kaiser-Panorama.**  
 Hervorrag. Sehenswürdigk. d. Residenz.  
 Zur Erinnerung an den Sterbetag:  
**Potsdam und Erbauung Kaiser Friedrichs.**  
 Eine bequeme Rheinreise.  
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.  
 Abonnement 1 M.

### Johannisthaler Volksgarten.

Ich erlaube mir hiermit ergebenst anzuzeigen, daß am Sonntag, den 22. d., bei mir ein Gänse-, Aal- u. Schinken-Ausschoben (Festgelbahn) stattfindet, wozu ich alle Freunde und Genossen ergebenst einlade.  
**A. Senfloben.**

### Johannisthal. Ludwig's Salon.

Größter und schönster Saal Johannisthal, ferner große Kaffeeliche, Ausschank, Regelmäßig, Schanckel, direkt im Walde gelegen. Dem geehrten Publikum machenden Publikum bestens empfohlen.  
**554] Achtungsvoll C. Ludwig.**

### Zehlendorf! Angler's Ruh!

Sonnabend, den 21. ds. Mts., großes **Konzert u. Sommernachtsball.**  
 Anfang 7 Uhr.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
**2018 Ehmke, Restaurateur.**

### Destillation, Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.

Vereinszimmer für Arbeitsnachweis und Zahlstelle steht zur Verfügung.  
**Carl Ulrich,**  
 Wrangelstr. 84. 1804

### Rheinländischer Tunnel.

gen.: „Die fidele Nagelkiste“, Berlin N., Eljaferstraße 78, gegenüber der Bergstraße.  
 Im Lokal photographisches Atelier zur Vermuthung. — Jeder Gast, auch wenn derselbe nur für 10 Pfennige verzeht, wird **gratis photographirt** und erhält sein Bild sofort als Gratispräsent. Höchst scherzhaft!  
**H. Schultze (mit n. 3.)**  
 Einige Keller-Photographie der Welt. 1940

Unserm Freund **E. M.** zu seinem heut. Wiegensfest ein 3 Mal donnerndes Hoch, daß die gr. Weissen Kuddel u. Muddel tanzen v. Charlottenburg l. b. Theodor.

### Marie Kramer Hermann Zappel

Verlobte.  
 Berlin, den 20. Juni 1890. [2038]

### Concerthaus Sanssouci.

Kottbuser-Strasse 4a.  
 Sonnabend, den 21. Juni:  
**Grosser Sommernachtsball.**

Arrangirt vom **Handklub „Arcona“**, wozu alle Freunde und Genossen eingeladen werden.  
 Der Vorstand.

### Restaurant H. Stramm, 123. Ritterstr. 123,

verbunden mit Fremdenlogis. Gerberge und Arbeitsnachweis des Vereins der Klempner.  
 Empfehle meinen allbekanntesten vorzüglichen **Frühstück-, Mittag- und Abendtisch.** Sonstige Speisen und Getränke in bekannter Güte. Zwei Zimmer, passend zu Zahlstellen und Arbeitsnachweis stehen zur Verfügung.  
**1071**

### Destillation und Restaurant M. Berndt, A. Kowald Nachf.

Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke. empfehle feinen vorzüglichen **Frühstück-, Mittag- und Abendtisch** in allbekannter Güte. „Berliner Volksblatt“, „Volkszeitung“, „Volks-Tribüne“ u. liegen aus. 1088

### Empfehle allen Genossen mein

**Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.**  
 2 Vereinszimmer stehen z. Verfügung und Arbeiterblätter liegen aus.  
**F. Gleinert,** Müller- u. Fennstr. Ecke. [2085]

### Oestreicher!

Bann's Guch g'müthli unterhalten wöllt's, so kommt's in die Kürassier-Strassen auf Nr. 15a in die **Ungarische Restauration.** Die höchsten Weaner Tanzwer'n aufgeführt.  
**725**

### Echten Nordhäuser Korn

Fl. exel. 75 Pf.  
 Berl. Getreide-Mümel 90 Pf.  
 besto Magonmedizin 90 Pf.  
 die eingelocht a Liter erfl. 1,25 M.  
 zu Partien empfehlenswerth, a Fl. v. 1 M. an.  
 \* empfiehlt die Groß-Destillation von **Lettau & Keil,** Sophienstr. Nr. 12, an der Rosenthalerstraße. Geschäftschluß Abends 8 Uhr. Sonntags 1 Uhr!

### Allen Genossen empfehle sein Lager von

**Filz- und Seidenhüten** nur mit Kontrollmarken.  
**C. Polvogt,** 1006  
 Frobenerstr. 12, Ecke Bülowstr.

### Allen Freunden und Genossen zur gefälligen Nachricht, daß ich mit dem

**1. Juli eine Zeitungs-Expedition** errichten will und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.  
**W. Noack,** 2044  
 Laufferstr. 35, Hof im Keller.

### Rohtabak A. Goldschmidt,

am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl.** Garantiert scharf brennende **Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtlichen im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1853 Lager.  
**A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt.

### Albert Auerbach,

Berlin S., Kottbuser Damm 7, nahe der Kottbuser Brücke.  
**Schuh- und Stiefel-Lager** für Herren, Damen und Kinder. Reelle Bedienung, feste Preise.  
**Schuh- u. Stiefel-Lager** eigen. Fabr. empfiehlt **A. Manthey,** Luisenstraße 245, 1740 nahe der Neuen Königsstr.

### Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Sonntag, den 22. Juni cr.:  
**Großer Familienausflug nach Neu-Treptow.**  
 Treffpunkt bis spätestens 3 Uhr Nachm. in Kauf's Restaurant.  
 Am Montag, den 21. Juli cr. findet zur Feier des **1. Stiftungsfestes** des Vereins ein **Sommerfest** verbunden mit **Garten-Konzert** und **Sommernachtsball** unter Mitwirkung des **Gesangvereins „Frena“** statt.  
 Billets à 20 Pf. sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: **W. Eicke,** Sorauerstr. 4; **Alb. Fricks,** Adalbertstr. 69, Hof 4 Tr.; **Rob. Sündermann,** Prinzenstr. 110; **Fräulein Schönberg,** Lübbenerstr. 8; **Aug. Klawe,** Adalbertstr. 94, 4 Tr.; bei **Günther;** **Emil Schade,** Müdersdorferstr. 64; **Fräulein Raabe,** Königsbergerstr. 6, Hof 3 Tr.  
**2059**  
 Der Vorstand.

### Allgemeiner Metallarbeiter-Verein

Berlins und Umgegend.  
 Sonnabend, den 21. Juni 1890, Abends 8 Uhr, im Saale des „Central-Schützenhauses“ (Tegelcher Chaussee):  
**Grosse Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Kongress in Weimar und seine Bedeutung. Referent: **A. Gerisch.**  
 2. Diskussion.  
 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 2030  
 4. Verschiedenes und Fragen.  
 Der Vorstand. J. A.: **C. Schauer.**  
 NB. Kollegen, da wir in Tegel keinen Saal zu einer Versammlung bekommen, so scheint nicht den Weg und erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung, der wichtigen Tagesordnung wegen.  
**J. D.**

### Fachverein der Holz- u. Bretterträger Berlins.

Sonntag, den 22. Juni, Vormittags 10 Uhr, Wasserthorstr. 68 bei Krieger:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. Thema und Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 2. Verschiedenes und Vereinsangelegenheiten.  
 Im Interesse der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, alle zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

### Verein der Klempner Berlins und Umgegend.

Montag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr, in **Parta's Salon, Rindorf, Bergstraße 120:**  
**Große Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Türk.** Thema: Ursachen und Wirkungen der französischen Revolution. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand. 2041

### Achtung! Karton-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

**Sammel-Listen** 1. Unterstützung der Opfer der Fabrikanten-Humanität sind in Empfang zu nehmen, ebenso auch abzuliefern zu jeder Tageszeit bei **Henke, Blumenstr. 88.** Thut Eure Schuldigkeit, es sind meihrens Verheirathete, die zu unterstützen sind.  
**Die Kommission.**

### Große öffentliche Versammlung der Buchbinder u. verw. Berufsgenossen

am Montag, den 23. Juni, Abends 9 Uhr, in **Joël's Gesellschafts-Sälen, Andreasstraße 21.**  
 Tagesordnung:  
 1. Die Arbeiterschnur-Gefährdung. Refer.: Reichstags-Abg. **Molkenduhr.**  
 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Zentral-Streit-Kontrollkommission. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.  
 Der Einberufer: **Kohlhardt.**

### Bekanntmachung für Steinmetzen.

Laut Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung vom 12. d. Mts. in Ahrens Brauerei hat jeder in Berlin arbeitende Steinmetz eine freiwillige Unterstützung für die streikenden Bauhandwerker von 50 Pf., so lange wie der Streik dauert, zu bezahlen. Die Gelder werden Sonntags von 10 bis 12 Uhr entgegengenommen.  
 Der Vertrauensmann **A. Hempel,** Müllerstr. 3, 3 Tr.

### Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

Ortsverwaltung I.  
 Montag, 23. Juni, Abends 8 Uhr, in **Sahn's Klubhaus, Annonstr. 16:**  
**Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Geschäftliches.  
 2. Vortrag des Herrn **Dr. B. Wills** über: Die Kommunistengemeinde Maria.  
 3. Diskussion.  
 4. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

### Ortskrankenkasse d. Korbmacher.

Durch Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist die Abänderung des § 28 des Statuts von Amts wegen vollzogen worden.  
 Die monatlichen Beiträge betragen:  
 1. für erwachsene männliche Kassenmitglieder, ausschließlich der Lehrlinge, 1,20 M.  
 2. für erwachsene weibliche Kassenmitglieder 0,75 M.  
 3. für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 0,65 M.  
 4. für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren 0,50 M.  
 Diese Abänderungen treten mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.  
**2053**  
 Der Vorstand.

### Deffentl. Tischler-Versamml. für Friedrichsberg, Rummelsburg und Umgegend

am Sonntag, den 22. Juni, Vormittags 10 1/2 Uhr, in der Gräflich Reichschach'schen Brauerei in Stralau.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag über die Organisationsfrage und die Achtstundebewegung. Referent Herr **Max Vietsch.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 2054  
 Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht  
 Der Einberufer.

### Freie Vereinigung der Damenmäntelschneider u. Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie Berlins.

Sonntag, den 22. Juni:  
**Fusspartie im Grunewald.**  
 Abfahrt vom „Potsdamer Bahnhof“ 1/8 Uhr früh. — Für Nachzügler bis 10 Uhr in Schwanendorf im „Waldlatter“ und von 2—4 Uhr „Alte Fischerhütte“. Vereinsmitglieder und Gäste werden dazu freundlichst eingeladen.  
**2108**  
 Der Vorstand.

### Jahresverein der Feilenhauer.

**Mitglieder-Versammlung**  
 Sonntag, den 22. Juni, Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn **Meißner,** Gartenstr. 182.  
**2060**  
 Der Vorstand.

### Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

Ortsverwaltung I-7.  
 Sonntag, den 22. Juni, Ausflug mit Familie nach Schwanendorf (Kaiser Friedrich-Garten.) Abfahrt vom Anhalter Bahnhof Nachm. 1 Uhr 25 Min. Alle Kollegen sind herzlich willkommen.  
**2067**  
**R. Lutz.**

### Ethische Gesellschaft.

Sonntag, den 22. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in **Schneider's Salon,** Bel-Forsterstr. 15, Vortrag des Herrn **Dr. Bruno Wille** über: „Des Bösen Arbeitheilung.“ Nachher gesellige Unterhaltung und Tanz. Gäste (Damen und Herren) willkommen. 5048

Gegründet 1863. **LOUIS GORDAN,** Gegründet 1863.

42 Oranienstrasse 42, Ecke Oranienplatz.

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume eröffnete ich am **Montag, den 2. Juni d. J.,** einen

**Ausverkauf**

um mein großes Lager von **Manufaktur-, Mode-, Wäsche-, Leinen- und Baumwollwaaren** bedeutend zu verkleinern und werde ich

**ganz erstaunlich billig verkaufen!** **Schluss des Ausverkaufs am 30. Juni cr.**

Die enorm **heruntergesetzten** Ausverkaufspreise stehen auf der Rückseite der Etiquettes neben den früheren Preisen mit **blauen Ziffern** vermerkt, so daß sich Jeder von dem Preisunterschied zwischen früher und jetzt überzeugen kann.

**An Sonn- und Feiertagen** bleibt mein Geschäft von 10 Uhr an geschlossen.



diesen neuen gewerblichen Schiedsgerichten? Ich sehe nicht an, zu sagen, daß diejenigen Herren, welche diese Frage bejahen, den Innungen einen sehr schlechten Dienst erweisen. Auch die Handwerker, nicht bloß die Arbeiter, auf die Herr Auer hingewiesen hat, verlieren jeden Einfluß auf die Zusammensetzung der gewerblichen Schiedsgerichte nach der Vorlage. Das Großgewerbe kümmert sich sehr wenig um die Wahlen. Das Bestehen zweier Kompetenzen nebeneinander muß zum Nachtheile der Arbeiter ausschlagen. Ich bin eventuell für den Antrag Eberts, daß man die Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen den Innungs-Schiedsgerichten überläßt, daß man dagegen die Streitigkeiten zwischen Gesellen und Meistern dem Gewerbe-Schiedsgericht überträgt. Ich sehe aber doch davon ab, weil die Kompetenz der Gerichte der Innungen in den Entscheidungen zwischen Meistern und Lehrlingen keine definitive ist. Wir, die wir gleiches Recht für Alle wollen, erblicken hierin den größten Schaden für den Gewerbebestand selber. Ebenso gefährlich ist es, wenn auch die Gesellen bei den Innungsgerichten schließlich auf den Weg der ordentlichen Gerichte verwiesen werden. Einmal liegt schon eine kolossale Verzögerung in einem solchen doppelten Verfahren. Die Arbeiter haben viel mehr Interesse an einer schnellen Entscheidung ihrer Streitigkeiten, als an einer übermäßig gründlichen und scrupulösen Behandlung derselben. Werden nun dazu noch die Arbeiter je nach den verschiedenen Gerichten differentiell behandelt, so muß das die größte Unzufriedenheit erregen. Ich bin gegen jede derartige unorganische Gesetzgebung, ich bin daher prinzipiell für die Streichung des Kommissionsbeschlusses, eventuell für den Antrag Eberts und im äußersten Falle für die Regierungsvorlage, obgleich auch diese nicht auf die Dauer wird bestehen können, denn die Innungsgegner werden selber das Bedürfnis fühlen, in dieser Beziehung zu klareren und geordneteren Verhältnissen zu gelangen. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Meyer (Berlin): Der Abg. Viehl hat zum Theil das streng sachliche Gebiet verlassen und sich an die Personen seiner Gegner gewendet, unter Anderem auch an die meinige, und dann hat er hier bei der namentlichen Abstimmung für den Schluß gestimmt. So etwas bekommt nur ein Innungsmeister fertig. (Heiterkeit.) Er hat das Recht zu sprechen, der andere das, zu schweigen und nicht zu antworten. Seine persönlichen Anzusperrungen verdienen wohl zum Theil die Bezeichnung, deren sich Herr v. Puttkamer bedient hat; sie haben etwas Grobblütiges. Er hat von meiner komischen Seite gesprochen. Ich will mich mit der Abwehr begnügen: Herr Viehl hat auch seine jiviale Seite und ich vermute, hier als er selber es weiß. (Heiterkeit.) Dann hat Herr Viehl sich weiter mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise der Ernährungsprozess sich in meiner Person vollzieht, und er hat daraus, daß ich gestern diese Innungsgerichte als eine Art von Kinderstuhl bezeichnet habe, Anlaß genommen, zu sagen, wenn ich keine kräftigeren Sachen zu mir genommen hätte, als solche, welche hier der Innung geboten werden, es schlecht mit mir ausfiele. Ich habe mich stets bestrebt, bei meiner Ernährung schlechte Surrogate zu vermeiden. (Heiterkeit.) Aber ich habe auch die humane Gesinnung, um Anderen das gleichfalls zu gönnen. Und darum möchte ich die Innung beschützen vor Nahrungsmitteln, welche der eitrige Vertreter derselben selbst als durchaus unzureichende bezeichnet hat. Ich war gestern gar nicht der Ansicht, daß Kinderstuhl etwas Vorzügliches sei; man giebt es schwachen Kindern, und darum bilde ich mir ein, es sollte hier den Innungen gegeben werden; denn sie sind zum großen Theil durch ihre eigene Schuld schwächlich. Wir sind Freunde der freien Innungen, das ergibt sich einfach aus dem Vereins- und Versammlungsrecht, verlangen aber, daß sie auch nützliche Zwecke verfolgen. Ich finde, daß die Innungen recht wenig leisten. Die Berliner Väterinnung hat in ihrem Etat für 1888 für Innungszwecke 8684 M. ausgeworfen. Das scheint eine sehr beträchtliche Summe. Für Gehälter sind aber 5330 M. und für persönliche Remunerationen 1500 M. ausgeworfen. Da kann für Ausgaben auf dem Gebiete des Fachschulwesens und des Herbergschulwesens etc. nicht viel übrig bleiben. Dabei sind die Zustände bei der Väterinnung nicht die schlechtesten. Die Württemberger haben allerdings für Gehälter nur 495 Mark ausgezahlt, aber für eigentliche Innungszwecke haben sie noch erheblich weniger ausgezahlt, nämlich keinen einzigen Pfennig. (Große Heiterkeit.) Bei dieser Diät können die Innungen nicht zu Kräften kommen. (Heiterkeit.) Die Innungen haben gut und wohlthätig gewirkt, so lange es keine allgemeinen gewerblichen Schiedsgerichte gab. Sie waren ein Surrogat und immer noch eine gute Sache, vorausgesetzt, daß es dort zu einer gütlichen Einigung kam. Man darf aber ein Surrogat nicht feilhalten, wenn man nimmere die echte Sache hat. Es ist festgestellt worden, daß die Anzahl derjenigen Streitigkeiten, bei denen es auf technische Kenntnisse des bestimmten Handwerks ankommt, eine verschwindend geringe ist. Es ist gar nichts Erschreckendes, zu sagen, daß über die Angelegenheit eines Schneiders ein Fleischer und ein Schlosser aburtheilen. Denn nur in den seltensten Ausnahmefällen sind bei diesen Streitigkeiten die Kenntnisse eines Schneiders wirklich erforderlich; es genügt, daß der Betreffende genau weiß, wie einem Arbeiter und Arbeitgeber zu Muthe ist. Jeder von uns gestellte Antrag, das Gesetz zu verbessern, ist vom Regierungsrath mit der größten Aufmerksamkeit und in einzelnen Fällen mit Erbitterung belämpft worden. Überträgt der Beschluß der Kommission eine sehr tiefgreifende Aenderung der Regierungsvorlage, und die Regierung zieht es vor, eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Wenn ich vorher zu einem etwas gewaltsamen Mittel gegriffen habe, um einen vorläufigen Schluß der Disjunktion zu verbinden, so hat mich in erster Linie eine zarte Rücksicht gegen die Regierung geleitet (Heiterkeit); ich wünschte nicht, daß ihr das Wort abgeschnitten würde. (Oh! rechts.) Ich möchte nun sehen, ob sie von der ihr dargebotenen Gelegenheit auch noch Gebrauch macht. (Weisfall links.)

Abg. Viehl: Daß Schwierigkeiten entstehen, bestreite ich, denn wir haben dieselben Verhältnisse schon jetzt. Wir haben Innungs-Schiedsgerichte und daneben in verschiedenen Städten auf Grund der Gewerbeordnung errichtete Gewerbegerichte, ohne daß eine Kollision bisher vorgekommen ist. Der Abg. Auer hat zugegeben, daß in Hamburg den Innungsmeistern das Schreuwort abverlangt worden ist, nicht mehr zu einer Innung zu gehören. Er hat auch zugeben müssen, was ich über den Zimmererstreik in München gesagt habe, und wenn der Abg. Auer nicht erfahren konnte, daß eine Streikkommission der Arbeiter den Meistern diktiert wollte, sie dürften während der Mittags- und Frühkaffeepause nicht in die Werkstätte kommen, so hat er sich in Hamburg schlecht umgesehen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Namen nennen!) Fragen Sie doch nach in Hamburg! (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Altenstädte!) Das steht in den Akten natürlich nicht drin. (Wiederholte große Unruhe bei den Sozialdemokraten; Gloride des Präsidenten.) Herr Auer hat dann mit Entrüstung behauptet, die Innungsmeister wollten mit den Streikkommissionen nicht unterhandeln. Die Meister unterhandeln allerdings nicht mit solchen Streikkommissionen, die aus sozialdemokratischen Führern bestehen, die gar nicht zu dem betreffenden Gewerbe gehören. Mit Streikkommissionen aus dem Gewerbe selbst haben die Meister immer verhandelt. (Nicht wahr! bei den Sozialdemokraten; Zustimmung rechts und im Centrum.) Herr Auer behauptete endlich, ich behalte in meinem Gesichte nicht zu viel. Ich konstatire, daß in einer sozialistischen Versammlung ein Sozialdemokrat konstatirt hat, daß ich der beste Bezahler in München bin. (Weisfall im Centrum.)

Abg. v. Kleist-Beckow (L.): Ich will Sie nicht weiter mit dem Streik in Hamburg unterhalten, sondern bei der Sache bleiben, auf die der Abg. Auer erst im letzten Theil seiner Rede zurückkam. Der Sozialdemokratie paßt die Hebung und Ordnung des Handwerks natürlich nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und darnach müssen die Redner von links beurtheilt werden. Unser Handwerkerstand ist durch das Eindringen der

Industrie geschädigt, wie der Reichstag in seiner Majorität selbst anerkannt hat. Der Handwerkerstand besteht aus lauter ärmeren Personen, im Gegensatz zu den großen Industrieunternehmern und großen Grundbesitzern. Diese Schädigungen des Handwerks können wir nur dadurch bekämpfen, daß wir die korporativen Verbände des Handwerks, die Innungen, kräftigen. Das ist von solcher Bedeutung, wie irgend etwas im Deutschen Reich. Wir müssen den Mittelstand wiederherstellen, in welchem die Unternehmer aus eigentlichen Arbeitern hervorgehen. Am 20. Januar hat der Kaiser bei der Rede, mit welcher er den Reichstag schloß, seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der Reichstag dem Handwerkerstand Hilfe geleistet habe durch die Gesetzgebung. Da können wir doch nicht 3 Monate hinterher von ganz entgegengesetzten Prinzipien ausgehen. Es handelt sich hier nicht um ein neu einzuführendes Privilegium, sondern um die Erhaltung eines bestehenden Rechts. An der Berufung braucht man sich nicht zu stoßen, denn in den meisten Fällen wird sie nicht stattfinden, da es sich um ganz einfache Sachen handelt. Die Schnelligkeit und Leichtigkeit des Verfahrens wird durch die Berufung nicht verhindert werden. Es kommen aber immerhin Sachen vor, in welchen schwierige Rechtsfragen zu entscheiden sind, und da ist die Berufung nothwendig und für die betroffenen Personen von höchster Bedeutung. (Weisfall rechts.)

Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann: Der Abg. Meyer hat behauptet, die Vertreter der Regierung hätten zu den Anträgen von der linken Seite eine kühle und oft sogar erbitterte Stellung eingenommen, während sie gegenüber den Anträgen von der anderen Seite eine wohlwollende Zurückhaltung beobachtet hätten. Ich muß das bezüglich der Kommissionsverhandlungen in Abrede stellen; von einem Freunde des Abg. Meyer haben wir sogar einen ausdrücklichen Dank entgegenzunehmen gehabt, daß wir uns so wohlwollend und entgegenkommend in der Frage über die Bestätigung des Vorliegenden verhalten hätten. Wenn wir uns sonst zu den Anträgen passiv verhalten haben, so hat das einen guten Grund. In der Kommission vertrat wir die Vorlage der Regierung und haben den Kommissionsantrag belämpft. Als er aber beschloßen war, haben wir das Unrige gethan, um ihm eine Fassung zu geben, die den Absichten der Antragsteller entsprach. Wir haben von vornherein den Standpunkt der Regierung vertreten, bei dieser Gelegenheit die Frage des Verhältnisses der Innungen überhaupt nicht anzuschneiden und es bei dem bestehenden Rechte zu lassen. Nach der Gewerbeordnung sind die Innungen verpflichtet, Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen an Stelle der Gemeindebehörden zu entscheiden. Also nur da, wo die Gemeindebehörde über diese Streitigkeiten eine Entscheidung hat, hat die Innung ihrerseits zu entscheiden. Wo die Gemeindebehörde keine Entscheidung hat, hat sie die Innung nicht; und das ist überall der Fall, wo gewerbliche Schiedsgerichte auf Grund der Gewerbeordnung errichtet sind. Die Regierungsvorlage wollte diesen Zustand aufrecht erhalten, und die Folge wäre gewesen, daß die Innungen da, wo ein Gewerbegericht auf Grund des vorliegenden Gesetzes entstanden wäre, die Entscheidung über Streitigkeiten eines Lehrlings und Meisters nicht mehr gehabt hätten. Was das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen betrifft, so bestimmt die Gewerbeordnung, daß es den Innungen nicht zusteht, solche Schiedsgerichte zu errichten, welche Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen an Stelle der sonst zuständigen Behörden zu entscheiden haben. Wenn im jetzigen Gesetze nichts gesagt wäre, so könnten auch künftig die Innungen da, wo gewerbliche Gerichte auf Grund des neuen Gesetzes errichtet werden, durch ihre Innungs-Schiedsgerichte über diese Streitigkeiten entscheiden lassen. Nachdem aber die Aenderung vorgeschlagen war, mußten wir uns sagen, daß es allerdings mehr angeeignet sei, die Entscheidungen über Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen den Innungen zu belassen, als über diejenigen zwischen Meistern und Gesellen. Das ist dieselbe Rücksicht, die im Antrag Eberts genommen ist. Diese Umstände veranlassen uns, unseren Anfangs erhobenen Widerspruch gegen den in der Kommission gestellten Antrag aufzugeben und bei der Redaktion derselben beifällig zu sein. Gegen die Anträge von der linken Seite die in der Kommission angenommen worden, haben wir rechts dasselbe Verhalten beobachtet.

Abg. Miquel (natl.): Ich kann nur bezeugen, daß die Regierungskommissare sich auch solchen Anträgen gegenüber entgegenkommend verhalten haben, die wesentlich von der Regierungsvorlage abweichen. Der Abg. v. Kleist verteidigt seine Ansicht stets mit guten Gründen und der größten Beredsamkeit. Wenn heute seine Gründe sehr schwach waren, so bin ich überzeugt, daß das nur in der Sache selbst liegt. (Heiterkeit.) Es handelt sich nicht um Aufrechterhaltung des bestehenden Rechts der Innung, wie der Kommissar des Bundesraths eben ausgesprochen hat, sondern um die Erweiterung der Zuständigkeit der Innung bezüglich der Verhältnisse zwischen den Meistern und Lehrlingen. Herr von Kleist thut so, als ob wir kein Interesse für das Wohlergehen des kleineren Gewerbes und Handwerkerstandes und kein richtiges Verständnis für die Bedeutung des korporativen Zusammenschlusses des Handwerks und für die berufsgenossenschaftliche Entwicklung hätten. Ich habe längst für diesen berufsgenossenschaftlichen Zusammenschluß gewirkt, ehe die Innungen irgend welche Privilegien hatten. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß, wenn nur Kraft und Einsicht im Handwerkerstand und Opferbereitschaft für den Beruf vorhanden ist, solche Privilegien nicht nöthig sind. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Frage ist allein die, sind die Bestimmungen der Kommission im wahren Interesse des Handwerks und der Innungsbewegung? Und wenn Sie diese Frage bejahen, dann stelle ich die andere Frage, sind Sie berechtigt, dem ganzen Inhalt der Vorlage gegenüber? Die Vorlage steht auf der Basis der vollen Gleichberechtigung von Meistern und Gehilfen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei den Wahlen zu den Gerichten. Der Grad von Abhängigkeit aber, der naturgemäß in dem Verhältnis von Arbeitern und Arbeitgebern liegt, dauert in viel stärkerem Grade in den Innungsgerichten fort, als in den modernen Gewerbe-Schiedsgerichten. (Sehr richtig! links.) Das ist das, was den Reim des Mißtrauens gegen die Objektivität der Gerichte aufs Neue und in stärkerer Weise als wie vorher in die Arbeiterkreise hineinträgt. Dies will ich vermeiden. Wie ich den Innungen die Vertretung ihrer gewerblichen Interessen gönne, so thue ich es auch den Arbeitern gegenüber. Nichts ist bedenkllicher, als heute, wo man die Stellung der Arbeiter anerkennt, wo man begreift, daß die soziale Frage keineswegs bloß eine Arbeiterfrage, sondern eine Arbeiterfrage ist, diesen Standpunkt zu verlassen und eine Bestimmung zu treffen, die mehr Nachtheil als Vortheil bringt. (Weisfall links.)

Abg. Böckel (Natl.): Ich bin gegen jede Beschränkung der Innungsbezugnisse, also auch für die Zuständigkeit der Innungs-Schiedsgerichte. Die Innungen würden sonst in der öffentlichen Meinung und in ihrer ganzen Verfassung auf das Empfindlichste geschädigt werden. Das es bei den Innungen in mancher Beziehung besser werden kann, ist nicht zu verkennen, die Handwerkerbewegung hat bisher noch zu viel von der Hilfe des Staates erwartet; wenn sie sich erst mehr auf ihre eigene Kraft stützt, wird sie noch besser vorwärts kommen. Wir sind erst dann im Stande, uns gegen die Anstiftungsbestrebungen zu schützen, wenn wir den Mittelstand erhalten. Die Sozialdemokratie belämpft nicht bloß die Innungen, sondern auch den Bauernverein, die antisemitische Bewegung und alle übrigen auf die Erhaltung des Mittelstandes gerichteten Bestrebungen. Ihr Ziel ist die Pulverisirung und die Vereinigung der Macht in wenigen Händen. Mit wenigen glauben sie dann leichter fertig zu werden. Die Sozialdemokraten nehmen sogar Geld von der Börse für ihre Wahlen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das ist von Ihren eigenen Abgeordneten zugegeben worden. Sie nehmen Geld aus Gründergewinn. Sie wollen erst den Mittelstand ruiniren, dann hoffen sie auch das Kapital vernichten zu können. Dahin hat sich erst jüngst die „Volkstribüne“ ausgesprochen. Mit der Annahme des § 72 thun

wir ein gutes Werk, nicht nur im Interesse der Innungen, sondern auch des Handwerkerstandes und des Staates. Damit bekämpfe wir am wirksamsten die Bestrebungen der Sozialdemokratie. (Weisfall rechts.)

Abg. Böckel (Soz.): Der Abgeordnete Böckel hat eine Reihe von Anklagen gegen und gerichtet, die ich als Lügen bezeichnen muß.

Präsident v. Leuchow: Ich muß den Ausdruck „Lüge“ mit Bezug auf einen Abgeordneten entschieden verweisen und rufe den Abg. Böckel zur Ordnung.

Abg. Böckel (fortfahrend): Wenn Sie den Satz mich hätten vollenden lassen, so ...

Präsident v. Leuchow: Es war nichts weiter abzuwarten.

Abg. Böckel (fortfahrend): Behauptungen oder lügenhafte Behauptungen, wollte ich sagen, die in der Presse als solche erschienen sind, wobei ich allerdings von der Voraussetzung ausgehe, daß der Abg. Böckel sie als Wahrheit ansehen zu müssen glaubt.

Präsident v. Leuchow: Wenn das auszusprechen wirklich Ihre Absicht war, so liegt die Sache anders.

Abg. Böckel (fortfahrend): Das war wirklich meine Absicht. Ich bin nicht gewillt, ein Mitglied in der Weise zu beleidigen. Es sind ja dieselben Anklagen, die seit geraumer Zeit in der Presse gegen uns erhoben worden sind, und zu denen wir den unschuldigen Anlaß (Sachen rechts) insofern gegeben haben, als wir in den Quittungsnachweisen, die wir regelmäßig vorzulegen, sehr namhafte Summen unter der Bezeichnung „Gründergewinne von norddeutschen Banquiers“ aufgeführt haben. Ich war mir vollständig bewußt, was diese Bemerkung für eine Folge haben würde. Die Herren Antisemiten sind auf den Leim gegangen (Sachen rechts) und haben angenommen, daß es sich um Beträge von der Börse und insbesondere von Juden an der Börse handelte. So bedeutend Ihnen diese Summen erscheinen mögen — es handelt sich in dem einen Falle um 25 000 M. und um 20 000 M. im andern —, Pfennig für Pfennig sind es Arbeiterbeiträge. Dafür bürgte ich mit meinem Ehrenwort. Sie sind von Arbeitern aufgebracht und zwar von Arbeitern einer Stadt. Das weiß meine ganze Fraktion. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur weil wir sehen wollten, was eine solche Bezeichnung von Sammlungen auf gewisse Kreise für eine Wirkung ausübt (Sachen rechts), haben wir sie gewählt. Die ganzen, Ihnen so erstaunlicherweise Beträge gehen nie und nirgends von Leuten aus, die direkt oder indirekt mit der Börse zu thun haben, alle Beträge gehören dem allerengsten Parteikreise an. Die Summen sind mehr oder weniger die Folgen von Sammlungen, welche Parteigenossen in ihren Kreisen vorgenommen haben. Damit glaube ich, die Verdächtigkeit, als hätte die Sozialdemokratie in Dienste der Börse, zurückgewiesen zu haben. Es ist doch unzweifelhaft, daß, wenn die Sozialdemokratie aus Ruher läme, es Niemand schlechter hätte, als die Börse. (Rufe rechts: Na, na!) Daß unsere ganze Agitation darauf ausgeht, ist, der Kapitalmacht ein Ziel zu setzen. Wir sind fest überzeugt, daß, was Sie immer auf dem Boden der Innungen gethan haben und thun mögen, nicht im allergeringsten im Stande ist, den Untergang des kleinen Handwerks auch nur um einen Tag aufzuhalten. Und gerade, weil wir diese Ueberzeugung haben, belampfen wir diese Bestrebungen als auf Zerstörung des kleinen Handwerks ausgehend. Wir suchen den kleinen Handwerker klar zu machen, daß das, was ihre sog. Freunde aus dem Boden der Innungsbewegung zu erlangen suchen, ein Schlag ins Wasser ist. Thatsächlich ist auch in den langen Jahren materiell kein Vortheil dabei für das Handwerk herausgekommen. Die Erkenntnis von der Unrührbarkeit dieser Bestrebungen macht sich auch in Handwerkerkreisen immer mehr bemerkbar. Wer glaubt, daß man im 19. Jahrhundert mit irgend welchen Mitteln Zustände des Handwerks, wie sie im dreizehnten und fünfzehnten Jahrhundert bestanden haben, herbeiführen zu können, hat von dem wirklichen Stande der Dinge und von der Entwicklung der Dinge, nicht die geringste Ahnung. Ein zweiter Grund, der uns bestimmt, den Innungen scharf zu Leibe zu gehen, ist der, daß die Innungen mehr als jede andere kapitalistische Organisation die ausgesprochensten Feinde der Arbeiter und der selbstständigen Arbeiterbestrebungen sind. (Weisfall links.) Diese Erfahrung haben wir wenigstens bisher gemacht. Wenn im Allgemeinen jetzt ein keineswegs friedfertiges Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern besteht, so ist es innerhalb der Innungen das denkbar unfriedfertigste. (Zustimmung links.) Weil eben der Innungsmeister fühlt, daß er gegenüber der Macht des Großkapitals mehrlos ist, wendet er die ganze Schale seines Hornes, der Unzufriedenheit und der Erbitterung gegen die Arbeiter und sucht aus deren Arbeitskraft möglichst viel herauszuschinden. Sie werden mit der Kommissionsfassung nichts weiter erreichen, als daß Sie die Lage des kleinen Handwerkerstandes, soweit er in den Innungen vereinigt ist, verschlechtern. Die Arbeiter sehen sich auch gar nicht danach, bei einem kleinen Meister zu arveien, sondern streben lieber, in eine gut bezahlte Fabrikstätte zu kommen, weil dort eine geregelte Ordnung, Arbeitsweise und günstige Lebensbedingungen vorhanden sind. Je unethischer Sie das Verhältnis zwischen den Innungsmeistern und Arbeitern schaffen, um so mehr ziehen sich die Letzteren von dem Handwerk zurück. Der Abg. Viehl, der selbst Innungsmeister ist und mitten in praktischen Leben steht, wird mir bestätigen müssen, daß, wenn auf irgend einem Gebiete, es dem kleinen Unternehmer schwer fällt, ordentliche Arbeiter zu finden. Wenn Sie mit Ihren Innungs-Bestrebungen uns schaden und dem Handwerk nützen zu können glauben, so tauschen Sie sich nach beiden Seiten. Wie wir heute bereits einen sehr namhaften Theil der kleinen Handwerker in unseren Reihen zählen, so wird die Ueberzeugung von der vollständigen Unhaltbarkeit der Stellung des kleinen Handwerks und der vollständigen Nutzlosigkeit der Gesetzgebung, sie zu stützen, das Handwerk immer mehr auf unsere Seite treiben. Nur die Rücksicht auf Ihre bisherige Stellung zum kleinen Handwerk bestimmt Sie, an dem § 72 festzuhalten, der im Grunde auch nach Ihrer Meinung einen unhaltbaren Zustand herbeiführt. Sie werden vielmehr nur die Sozialdemokratie, die Sie hassen und fürchten (Rufe rechts: Garnicht!) und auch fürchten (wiederholte Widersprüche rechts) und auch fürchten — denken Sie an das Sozialistengesetz! — durch solche Maßregeln statt zu schwächen, nur stärken. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Böckel: Dafür, daß die Sozialdemokratie der Börse nicht zu Leibe geht, erinnere ich Sie an die Pariser Kommune, die vor Rothschild Halt gemacht hat. (Weisfall rechts.) Was wollen Sie, wenn die ganze bestehende Ordnung zu Grunde ginge, an ihre Stelle setzen? Geben Sie uns doch ein deutliches klares Bild von Ihren sozialistischen Plänen. (Weisfall rechts.) Sie sagen, die Innung habe nichts erreicht. Was haben Sie erreicht? Dann bezeichnen Sie die Innungen als Feinde der Arbeiter. Wenn die Sozialdemokraten fortwährend gegen die Innungen agitiren, so ergreifen ihrerseits die Innungen nur die Nothwehr. Die Anfälle der Sozialdemokratie sind für uns erst recht ein Sporn, sie zu belämpfen. Herr Böckel meint, wir fürchten die Sozialdemokratie. Kommen Sie nur hin, wo noch ein besserer Bauernstand und Handwerkerstand ist, da fürchtet man Sie nicht, da ist man bereit, den Kampf gegen Sie aufzunehmen. Die Disjunktion wird geschlossen. In der Abstimmung über § 12 wird gegen die Stimmen der Konserverativen der Antrag Porzsch angenommen, daß die Wahlberechtigung schon nach einjährigem Aufenthalt eintreten soll; der Antrag, daß auch die weiblichen Arbeiter wahlberechtigt sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Volkspartei, der Freisinnigen mit Ausnahme der Abg. Koch, Hlbedorff und Witte und der Antisemiten mit Ausnahme v. Liebermann's abgelehnt, und zwar mit 157 gegen 79 Stimmen. Der Antrag, das Alter der Wahlberechtigung auf das vollendete 21. Lebensjahr herabzusetzen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Freisinnigen abgelehnt.

Mit der Aenderung Porsch gelangt der § 12 im Ganzen zur Annahme.

Die Anträge Eberts zu § 72 werden mit 122 gegen 114 Stimmen abgelehnt, § 72 darauf unverändert angenommen.

Schluss 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Fortsetzung der Beratung der Vorlage über die Gewerbeverträge; Interpellation Thomsen über die Viehexporte nach England; dritte Beratung des Nachtragsetats für Ostafrika.)

## Parlamentarisches.

Die Petitionskommission beriet in der gestrigen Vormittag 9 Uhr begonnenen Sitzung eine Reihe von Petitionen.

Den Reigen eröffnet eine solche aus Schlepzig b. Lübben, welche die Freizügigkeit beschränkt haben will, um die Folgen der „Sachseingerei“ von den vom Strom der Einwanderung betroffenen Provinzen oder einzelnen Orten abzuwenden.

Die Petition erfuhr eine längere Erörterung, da Herr v. Hellmann sich für dieselbe erwärmt und sie zur Erörterung im Plenum bringen möchte. Durch die Auswanderung entstünden für die betroffenen östlichen Provinzen schwere Nachteile. Die höheren Löhne, welche in andern Provinzen gezahlt würden, könnten in den östlichen Provinzen nicht gezahlt werden. Die Ausgewanderten machten aber ihren Heimathsorten noch schwere Kosten. In der Ferne verdürben oder stürben viele, und die Gemeinde habe dadurch Ankosten. Die jungen Männer verrohten und verwilderten, und die Mädchen kämen vielfach in andere Umstände zurück. Andere Redner wendeten sich gegen die Ausführungen des Herrn v. Hellmann und die Kommission beschließt, die Petition als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erachten.

Die berührte Gesetzesmaterie sei zu wichtig, als daß sie durch eine ungenügend begründete Petition einer Erörterung oder Revision unterzogen werde.

Der zugezogene Regierungskommissar Herr Geh. Regierungsrath v. Wödtke ist mit dieser Behandlung der Petition einverstanden.

Aus der langen Reihe der meist Unterstützungsgesuche re. enthaltenden Petitionen heben wir nur noch einige hervor.

Der fortschrittliche Bezirksverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises petitionirt um Abgrenzung der Wahlkreise, welche dem Gesetz entspricht. Der Uebelstand, daß Berlin heute nur 6 Abgeordnete statt 15 hat, giebt Anlaß zur Unzufriedenheit der Petenten.

An der lebhaften Debatte betheiligen sich die Herren Graf Matschka, v. Jagow, v. Hellmann, v. Normann einerseits, welche diese Petition nicht für wichtig genug halten, sie der Erörterung im Plenum zu unterwerfen, während andererseits sich die Herren Knörke, Dr. Gutfleisch, Geyer, Stephan, Münch gegen die beabsichtigte Behandlung der Petition wenden.

Graf Matschka meinte, wir wissen schon lange, daß die Wahlkreis-Eintheilung dem Gesetz nicht mehr entspricht; dazu ist kein Anstoß von außen notwendig, um sich dessen bewußt zu werden.

Die Abgg. Geyer und Knörke wendeten sich lebhaft gegen die Ausführungen des Vorredners.

Abg. Geyer erklärte, es sei leider sehr schlimm, wenn man schon lange solche ungesunde Zustände kenne und sich nicht dagegen wende. Man werde dann leicht der Pflichtvergessenheit geziehen werden können. Wenn man jetzt nicht auf die Sache eingehe und abwarte, bis etwa weite Volkskreise drängender an den Reichstag kommen, stütze man keineswegs die Würde des Hauses. Er, Redner, stimme mit dem Abg. Knörke überein. Die Schwierigkeiten seien keine so großen, daß nicht eine Regelung eintreten könne. Allerdings sei ein Faktor aus dem aktiven politischen Leben ausgeschlossen, der solcher Regelung den heftigsten Widerstand entgegenstellte (Bismarck), darin habe der Abg. Knörke Recht. Dann habe man aber auch jetzt eine fünfjährige Legislaturperiode, und wenn dem Reichstage kein Unfall zustöße, würden die Abgeordneten, welche sich jetzt damit befassen müßten, der Entwicklung dieser Angelegenheit leicht folgen und sie zum Abschluß bringen können.

Auf Antrag des Abg. Dr. Schäbler wird die Petition zurückgestellt und deren spätere Beratung unter Zuziehung eines Regierungskommissars in Aussicht genommen.

Die Petition des ehemaligen Schuhmanns Dehmichen in Leipzig, die auf die Leipziger Polizeizustände zu jener Zeit, als Petent sich noch im Dienst befand, kein günstiges Licht wirft, wird abgewiesen, da der Reichstag nicht kompetent ist, über dieselbe zu befinden, vielmehr der sächsische Landtag zuständig sei.

Schluss der Sitzung gegen 12 Uhr.

**Sitzung der Subkommission.** Freitag, Abends 8 Uhr. Die Subkommission hat von Klasse 9 an bis 17 zu beraten. Es wird ausgeführt, daß die Resolution des Reichstags ursprünglich nur für die unteren Beamten bestimmt war, und daß nur mit Rücksicht auf die preussische Thronrede, welche auch für die mittleren Beamten Gehaltsverhöhung in Aussicht stellte, die mittleren Beamten in die Resolution aufgenommen wurden. Alles ist einig, daß von Klasse 17 an Alles bewilligt wird, und von Klasse 1 bis Klasse 6 Alles verweigert; die Kommission ist aber bloß über die Klassen zwischen 9 und 16 zweifelhaft und hat sie deshalb in die Subkommission verwiesen.

Die Stimmung ist, nicht über Klasse 13 hinauszugehen. Man beginnt mit Klasse 13. Die Gehaltsverhöhung der Post- und Telegraphenbeamten wird einstimmig beschlossen. Der Rest wird ebenfalls einstimmig bewilligt. Klasse 14 ebenfalls bewilligt. Klasse 15 handelt von den Zahlmeistern. Es werden Einwendungen erhoben, indem man die Zahlmeister mit den Offizieren zusammenstellt. Es wird aber erklärt, daß der Vergleich nicht passe, da die Zahlmeister nicht über den hier festgestellten Gehalt (1700—2000 durchschnittlich 2300) hinauskommen könnten. Hierauf wird Klasse 16 bewilligt. Alles einstimmig. Da auch Alles für Klasse 17 bis Klasse 23 (Ende), so ist 18—23 erledigt.

Nur 9—12 fraglich.

Man geht nun rückwärts von 13:

Klasse 12 (2400—3000, durchschnittlich mit 2700) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Klasse 11 (1900—3000, durchschnittlich 2750) mit Mehrheit abgelehnt.

Klasse 10 (2100—3600, durchschnittlich 2850) mit Mehrheit abgelehnt, mit Ausnahme von Nr. 17 (Bureau- und Rechnungsbeamte 2. Klasse am Reichspostamt), welche angenommen wird.

Klasse 9 (2400—3600, durchschnittlich 3000), mit Mehrheit abgelehnt.

Bemerkt sei hier, daß die angegebenen Gehaltsziffern die geplanten Erhöhungen umfassen.

Nachdem die Subkommission ihre Aufgabe erledigt hat — gegen 10 Stunden — fragt der Vorsitzende Guenz die Vertreter der Regierung, ob ein Plan zur definitiven Regulierung der Reichsbeamten-Gehälter schon vorhanden sei.

Dies wird verneinend beantwortet. Die Frage entsteht nun, ob es unter solchen Umständen möglich ist, überhaupt zu bewilligen. Die Subkommission kann hier aber nichts beschließen. Es wird der Kommission mitgeteilt werden.

An die Wahlprüfungskommission sind die Listen von 77 Wahlkreisen gelangt. Davon sind 22 geprüft, eine hieroon, v. Bethmann-Hollweg ist für ungültig, die übrigen 21 sind für gültig erklärt worden. Zu prüfen sind noch 55 Wahlen. Geprüft sind die Wahlen: Bethmann, 8 Wähler, v. Bethmann-Hollweg, 5 Potsdam, Graf v. d. Deden, 7 Hannover, Graf v. Dönhoff-Finkenstein, 4 Königsberg, Haberland, 4 Niederbayern, Gade, 2 Hannover, v. Henk, 2 Stettin, Kauffmann, 5 Wiesbaden, Leemann, 11 Württemberg, Frhr. v. Minnigerode, 13 Hannover, Panse, 7 Merseburg, Raethel, 1 Oberhausen, Raslawski, 9 Königsberg, v. Reden, 9 Hannover, Samhammer, 1 Sachsen-Weimar, Schmidt-Eberfeld, 1 Düsseldorf, Schneider, 7 Arnberg, Graf v. d. Schulenburg-Gehlen, 11 Hannover, v. Sperber, 4 Gumbinnen, Uhlendorff, Rippe, Frhr. v. Urhube-Domst, 3 Posen, Dr. Birnich, 4 Köln.

## Lokales.

Der gefellige Klub „der Zeitgeber“ hatte, wie uns nachträglich berichtet wird, vor einiger Zeit in seinem Vereinslokal, Lehndorferstr. 22, eine Sitzung abgehalten. Während der Sitzung erschien plötzlich der Revier-Deputant des dortigen Reviers in Begleitung von 7 uniformierten Schutzeinheiten und einem Kriminalbeamten, und forderte von dem Vorsitzenden die Genehmigung zu dieser Versammlung. Der Vorsitzende, Herr Maurer Wille, erwiderte, daß er die Versammlung augenblicklich nicht bei sich führe, daß er jedoch bereit sei, dieselbe in kürzester Zeit herbeizuführen. Der Polizeilieutenant forderte die Anwesenden auf, sich bereit zu halten, da er ihre Ueberführung nach dem Polizeirevier anordnen müsse. Dem Vorsitzenden wurde auf sein Ansuchen, sich nach Hause begeben zu dürfen, um die Bescheinigung herbeizuführen, dieses nicht gestattet, die Mitglieder des Klubs wurden vielmehr angewiesen, unter dem Vorwage Anstellung zu nehmen, wofür sie in zwei Glieder — allerdings nicht ohne gewisse Schwierigkeiten — rangirt und unter Begleitung der anwesenden Schutzeinheiten nach dem Polizeirevier eskortirt wurden. Die Vereinsbibliothek wurde von den Polizeibeamten mitgeführt. Auf der Polizeiwache wurden die Namen der Sitzierten festgestellt und dieselben dann paarweise entlassen. Dem Vorsitzenden wurde aufgetragen, am folgenden Morgen mit der Versammlungsbefcheinigung auf dem Revier zu erscheinen. Dieser Auftrag wurde natürlich ausgeführt, bei welcher Gelegenheit der Deputant bemerkte, daß der Bescheid des Polizeipräsidenten über die Anmeldung des Vereins, die der Vorsitzende nur besah, keine Genehmigung zu einer Versammlung darstelle. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß ein gefelliger Klub, der von der Polizei genehmigt sei, Versammlungen nicht anzumelden brauche, bemerkte der Polizeilieutenant, daß der Klub aber politisch treibe. Der Vorsitzende entgegnete, daß sich der Klub mit allen öffentlichen Tagesfragen beschäftige. Hierauf hatte der Reviervorstand nichts zu erwidern, und ist dem Vorstand ein weiterer Bescheid von Seiten des Polizeipräsidenten in dieser Angelegenheit bisher nicht zugegangen.

Eine falsche Baronesse, eine gefährliche Hochstaplerin, welche insbesondere die Gasthöfe unsicher macht, wird von Wien aus signalisirt: An einem Abend des vorigen Monats fuhr eine elegante, stattliche Dame im beiläufigen Alter von 35 Jahren bei einem Hotel der inneren Stadt vor. Den Fiaker ließ sie von dem Portier bezahlen und den Reisekoffer in jenes Zimmer des ersten Stockwerkes expediren, welches ihr auf Verlangen eingeräumt wurde. Die fremde Dame trug sich im Waidweitzell als Baronesse Amalie v. Bede ein, erzählte dem Hotelier, daß sie die Tochter eines Obersten aus Innsbruck sei, und ihren Veräußerung, einen Hauptmann in Wien, erwarte. Die Baronesse sagte bald über das Malheur, von dem sie betroffen worden sei und durch das sie in nicht geringe Verlegenheit gerieth. Papa, der Herr Baron, habe nämlich die letzte Geldsendung, wie sie vermuten mußte, nach Berlin adressirt und leider sei dieselbe erst nach ihrer Abreise dort eingelangt. Die Reklamation erfordere Zeit und Baronesse Bede sehe bis zur Erledigung derselben ohne Geld da. Der betreffende Hotelier erwiderte Mitleid mit dem Schicksal seiner Passagierin und erbot sich in charmanter Weise, der Dame eine Summe vorzustrecken, welche dankbar angenommen wurde. Der Passagierin wollte seinem Herrn in der Galanterie nicht nachsehen und räumte der Baronesse unbedingt Kredit auf. Die Zahlmeisterin wollte seinem Herrn in der Galanterie nicht nachsehen und räumte der Baronesse unbedingt Kredit auf. Die Zahlmeisterin wollte seinem Herrn in der Galanterie nicht nachsehen und räumte der Baronesse unbedingt Kredit auf. Die Zahlmeisterin wollte seinem Herrn in der Galanterie nicht nachsehen und räumte der Baronesse unbedingt Kredit auf. Die Zahlmeisterin wollte seinem Herrn in der Galanterie nicht nachsehen und räumte der Baronesse unbedingt Kredit auf.

An einem Schürpsorten erhängt hat sich am jüngsten Mittwoch früh im benachbarten Friedrichshagen ein Dienstmädchen Helena Schur. Das Mädchen war von seiner Herrschaft beschuldigt worden, einen Ring gestohlen zu haben und hat sich dies so zu Herzen genommen, daß es seinem Leben ein gewaltiges Ende bereite.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Nachmittags wurde eine unbekannte, etwa 70 Jahre alte Frau vor dem Hause Chauffee-straße Nr. 109 beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einer Drochse überfahren und an beiden Beinen so bedeutend verletzt, daß sie nach der Charitee gebracht werden mußte. — Abends fiel der Kutcher Dohle vor dem Hause Brühlischer Ufer Nr. 38—40 von dem von ihm geführten, mit Steinen beladenen Wagen herab, wurde überfahren und auf der Stelle getödtet. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft. — In der Nacht zum 20. d. M. fiel ein Mann vor dem Hause Urbanstraße Nr. 12 in der Trunkenheit zur Erde und zog sich hierbei über dem linken Auge eine so bedeutende Verletzung zu, daß er, nachdem ihm von einem Heilgehilfen ein Nothverband angelegt worden war, mittels Drochse nach der Charitee gebracht werden mußte. — Am 19. d. M. fanden an drei verschiedenen Stellen kleiner Feuer statt.

## Versammlungen.

Eine öffentliche Volksversammlung tagte am 19. d. M. unter Vorsitz des Herrn Litfin im Saale der Altienbrauerei Friedrichshagen. Zur Verhandlung stand: „Das Verhalten des „Berliner Volksblatt“ gegenüber der Berliner Lokalkommission.“ Der Besuch der Versammlung war nicht den gehegten Erwartungen und der Größe des Saales entsprechend. Unter den Anwesenden befanden sich die Abgeordneten Nebel, Singer u. A. Die Redakteure Cronheim, Baale, sowie einige Brauerei-Interessenten. Vor Eintritt in die Verhandlungen stellte Herr Kurzbach den Antrag, den oben genannten Punkt von der Tagesordnung abzu-

setzen, indem er der Meinung war, daß das Vorgehen einzelner Personen gegen das „Berliner Volksblatt“ in einer öffentlichen Volksversammlung nicht berechtigt sei, eine derartige Gelegenheit vielmehr in einer anderen Weise zum Ausdruck zu bringen sei. Namens der Lokalkommission sprach dem Herr Werner entgegen, um der Lokalkommission nicht die Gelegenheit zu nehmen, über ihre Thätigkeit und den derselben entgegenstehenden Schwierigkeiten Bericht zu erstatten. Diesem Ansinnen wurde unter Ablehnung des Antrages Kurzbach Folge gegeben und Herr Werner nahm nunmehr das Wort zu seinem Referate. Eingangs desselben betonte derselbe ausdrücklich, daß es sich in dem vorliegenden Falle nur um den Brauerstreik bezw. um den Boykott der Brauereien handle, nicht aber um andere, das „Berliner Volksblatt“ betreffende Angelegenheiten oder Fragen. Ueber diese zu Gericht zu sitzen, halte er den Parteitag für berufen und ersuchte Redner, in der folgenden Diskussion dies beherzigen zu wollen. In seinen Ausführungen über die Thätigkeit der Lokalkommission äußerte sich Redner dahin, daß man ja allerdings über den Boykott verschiedener Meinung sein könne, doch gab er zu bedenken, daß gerade der Boykott es gewesen, welcher das „Berliner Volksblatt“ auf die Höhe gebracht habe, auf der es sich heute befinde. Als der Boykott zur Abwehr der Saalperre zur Anwendung gelangte, seien entschiedene Erfolge erzielt worden, indem 3 in großen Kerger ihrer Hintermänner die Wirthe gezwungen wurden, ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen zwecken zu überlassen. Nach Erledigung der Saalperre kam der Brauerstreik, welcher die Berliner Arbeiterschaft in Mitleidenschaft zog, indem diese den streikenden Brauereigenossen die erbetene Hilfe nicht verweigerten und zu deren Gunsten die Brauereien boykottirten, welche die Brauereigenossen-Forderungen nicht bewilligten. (Eine Ausnahme machte bekanntlich das Münchener Brauhaus.) Die Brauereien bildeten nunmehr einen Ring und boykotteten ihrerseits die Wirthe durch Beschluß einer Resolution, nach welcher jedem Wirthe, der von einer boykottirten Brauerei abbringen würde, jedwede Bierlieferung entzogen werden sollte. Dies war zugleich ein Schachzug gegen die Arbeiter und lag die Gefahr nahe, daß die Saalabtreiber von Neuem beginnen werde. Dadurch kam die Lokaltage wieder in Frage und die Lokalkommission sei vollenberechtigter Weise in diese Angelegenheit hineingezogen worden. Zur Abwehr sei f. B. über 32 Brauereien der Boykott verhängt worden und dieser Beschluß hätte respektirt werden müssen, insbesondere vom „Berliner Volksblatt“. Dies sei nicht geschehen, das demokratische Prinzip sei verletzt worden. Ein Jeder habe das Recht der freien Meinungsäußerung und auch den Redakteuren des „B. V.“ müsse und solle dieses Recht zugestanden werden; in erster Linie hätten sie sich aber den Beschläüssen von Volksversammlungen zu fügen und denselben nicht hinderlich in den Weg zu treten, wie es geschehen sei. Die Berliner Arbeiter seien denkwürdig und ließen sich das Recht nicht nehmen, selbst „Autoritäten“ zu kritisiren, auch auf die Gefahr hin, hinausgeworfen zu werden. Ganz entschieden vernährte Redner die Lokalkommission gegen die verlautbarte Verdächtigung, daß dieselbe irgend welche Vortheile von der Direction des Münchener Brauhauses gehabt habe. Herr Direktor Ahrend habe mit der Proabiter Brauerei schon früher ein Abkommen getroffen gehabt, nach welchem er zur Abnahme einer Quantität Bier dieser Brauerei verpflichtet war. Der Lokalkommission sei es gelungen, diese Abnahme zu verzögern, auch sei das Bier nach auswärts gegangen. Die im „B. V.“ erschienene offene Anfrage des Herrn Zubeil sei daher als ein Angriff auf die Lokalkommission zu betrachten, berechnet, die Biertrage bezw. den Boykott illusorisch zu machen. Die Lokalkommission habe sich alle Mühe gegeben, den Brauerstreik beizulegen. Der Biertrage sei allerdings durchbrochen worden, doch besitze die Resolution der vereinigten Brauereien noch, welche der Berliner Arbeiterschaft höchst gefährlich werden könne. Durch den ersten Boykott seien die Lokaltage bezogen worden, ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen unentgeltlich zu überlassen. Jetzt verlange der Oekonom der Livoli-Brauerei bereits wieder den Konsum von mehreren Tonnen Bier oder eine entsprechende Verzählung. Würde die Brauerei nach Aufhebung des jetzigen Boykotts auf's neue boykottirt, so hätte diese sämmtliche Brauereien hinter sich und die Genossen des zweiten Wahlkreises ein wichtiges Versammlungslokal verloren. Sodann sei im „Berliner Volksblatt“ eine Erklärung der Brauereigenossen erschienen, dahingehend, daß diese aus dem Grunde die Arbeit nicht eingestellt haben, weil sie mit ihren Arbeitsbedingungen durchaus zufrieden seien. Die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ behaupte, durch die Veröffentlichung dieses Schriftstückes habe sie nur ein neues Beispiel dafür anführen wollen, in welcher Weise ein Druck seitens der Arbeitgeber auf ihre Arbeiter ausgeübt werde. Er habe aber etwas anderes hierin gefunden. Er betrachte auch dies als einen indirekten Hieb auf die Lokalkommission, zu dem Zwede, die Biertrage illusorisch zu machen. Dadurch habe aber die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ bew. Herr Redakteur Cronheim, gegen den Beschluß der Volksversammlung gehandelt. Ein Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes habe aber die Pflicht, unter Hintenanfügung seiner persönlichen Ansichten sich den Beschläüssen einer Volksversammlung zu fügen und denselben nicht entgegenzuarbeiten. Die Lokalkommission der Brauereigenossen sei derselben Meinung gewesen. Die Tags darauf geforderte Aufnahme einer Erwiderung sei vom Herrn Redakteur Cronheim abgelehnt worden unter Berufung auf ein dem Herrn Brauereidirektor Finske (Livoli) gegebenes Versprechen, für die Dauer von zwei Tagen Waffensstillstand eintreten zu lassen und während dieser Zeit nichts auf den Brauerstreik Bezügliches aufzunehmen. Dies könne unmöglich angehen und sei zum mindesten nicht richtig gewesen. Habe Herr Brauereidirektor Finske im „Berliner Volksblatt“ zu bestimmen oder wer? Herr Finske wäre einfach an die Lokalkommission zu verweisen gewesen. Wie solle diese sonst in die Lage versetzt werden, den ihr gewordenen Auftrag zur Durchführung zu bringen. Der Redaktion des „Berliner Volksblatt“ sei ein großer Theil der Schuld an dem Scheitern des Boykotts zuzuschreiben. Welches sei sehr bedauerlich. Er hätte es lieber gesehen, wenn die vereinigten Arbeiter hätten zeigen können, daß sie stärker sind als das vereinigte Kapital. Dies wäre von heilsamen Wirkungen für die Folge gewesen. So hat er die Versammlung, die Lokalkommission ihres Amtes zu erheben, den Boykott über die Brauereien aufzuheben und dafür Sorge zu tragen, daß derartige Vorankünfte, wie geschehen, seitens der Redaktion des „Berliner Volksblatt“ in Zukunft nicht wieder vorkommen. Der nächste Redner war Herr Redakteur Baale. Derselbe bemerkte zunächst, daß er an Stelle des Herrn Redakteur Cronheim, welcher kein Volks- oder Versammlungsredner sei, die Vertheidigung der Redaktion übernehmen. Seine persönliche Stellung sei gegen den Boykott gewesen, indem er der Meinung war, daß die Brauereigenossen ihren Lohnkampf mit denselben Mitteln, wie andere Arbeiter hätten zum Austrag bringen müssen, d. h. durch Organisation u. c. Er hielt es für unangebracht, der Brauereigenossen wegen die ganzen Parteigenossen in Bewegung zu setzen und mit Kanonen auf Spazieren zu schießen. Der Boykott hätte nicht zur Anwendung kommen dürfen, einer Hand voll Leute wegen, die keineswegs auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung standen, deren Forderungen zum Theil durchaus sozialdemokratische waren. Die Kanonen wären anderwärts nothwendiger gewesen. Der Boykott trage mit die Schuld, daß bedeutungsvolle Streiks aus mangelnder Unterstützung verloren gegangen seien. Die Versammlungen seien durchwegs schwach besucht gewesen und doch seien gerade diese am berufensten, auf die Arbeiter einzuwirken und für die Streikenden zu wirken. Der Boykott sei unpopulär gewesen, die große Masse habe sich nicht für denselben erwärmen können und doch Bier getrunken. Aus diesem Grunde sei der Boykott nicht durchführbar gewesen. Die Redaktion hielt es daher für eine Parteipflicht, eine Gelegenheit, ein Unternehmen möglichst bald zu Ende führen zu helfen, das für die Arbeiter keinen zünftigen Ausgang zu nehmen versprach. Deshalb habe Herr Cronheim dem Herrn Direktor Finske das ihm so sehr zur Last

gelegte Versprechen gegeben, einen zweiseitigen Waffenstillstand einzutreten zu lassen, da ihm versichert wurde, daß Verhandlungen zwischen den Brauergesellen und den vereinigten Brauereien schweben, welche es sehr wohl möglich machen könnten, daß der Streit in dieser Zeit beigelegt würde. Die Deutung, welche Herr Werner der Veröffentlichung der Erklärung der Hoppold'schen Brauergesellen beilegt, sei eine nicht zutreffende. Der Redaktion habe lediglich die Absicht inne gewohnt, wieder einmal zu zeigen, wie es gemacht wird. Zudem sei jedes Mißverständnis durch den darauf folgenden Artikel im „Verl. Volksbl.“ ausgeschlossen. Ueberdies habe Herr Werner zweimal in der Lokalkommission beantragt, den Boykott aufzuheben, da er undurchführbar sei. Nicht durch die Redaktion des „Verl. Volksbl.“ sei der Boykott ins Wasser gefallen, sondern durch die Berliner Arbeiterpartei. Die Lokalkommission habe eine Niederlage erlitten und schiebe nun die Redaktion des „V. V.“ als Sündenbock vor. Was den Direktor Ahrendts betreffe, so habe dieser lediglich seinen oder seiner Brauerei Vortheil gesucht. Derselbe war zudem durch alte Verträge verpflichtet, boykottiertes Bier zu übernehmen. Somit wurde er nicht nur sein eigenes Verloren, sondern half auch noch einer anderen Brauerei. Dieses Doppelspiel sei nicht sehr annehmend. Die Redaktion habe durchaus nicht im Interesse einer Person (Direktor Finke) gehandelt, sondern nur im Interesse der Partei. Die Redaktion habe ebenso wohl, wie die Lokalkommission Pflichten zu erfüllen, doch sei er die Frage, wer von beiden ihre Pflichten besser erfüllt habe. Herr Kurzbach vertrat den Standpunkt des Vorredners, erzielte aber mit seinen Ausführungen eine derartige Unruhe, daß er es vorzog, schließlich abzutreten. Herr Wildberger erklärte, nicht auf dem Standpunkte zu stehen, wie Herr Werner. Dieser hätte nicht anders handeln können im Falle, daß er Redakteur gewesen wäre. Alles hätte darauf hingedringt, den Boykott so schnell als möglich zu beenden, deshalb sei das von Herrn Cronheim dem Herrn Finke abgegebene Versprechen voll berechtigt gewesen. Er bestritt der Lokalkommission das Recht, derartige interne Verhältnisse in einer Volksversammlung zum Austrag zu bringen. Man dürfe nicht jede Kleinigkeit an die große Glocke hängen und untergeordnete Fragen aufbauschen, wie geschehen. Mit dem erfolglosen Ausgange des Boykotts habe das Verhalten der Redaktion gar nichts zu thun. Das „Verl. Volksbl.“ habe seine Schuldigkeit gethan und demokratisch gehandelt. Das Vorgehen der Lokalkommission sei aber nicht Demokratie, sondern Anarchie, ein Verstoß gegen die Parteizucht. Der Redaktion könne höchstens der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht schon 14 Tage früher Stellung gegen den Boykott genommen habe. — Stadtverordneter Heindorf hielt die Verteidigung des Herrn Baake für eine sehr schwächliche. Ihm sei es noch nicht vorgekommen, daß durch derartige Machinationen eine Lohnbewegung illusorisch gemacht werden solle. Für den Boykott sei weniger der Streit der Brauergesellen maßgebend gewesen, als die von den vereinigten Brauereien beschlossene Resolution, d. h. die Frage, ob die Arbeiter warten sollten, bis ihnen die Sätze gekippt werden oder ob sie gegen den Ring der Brauereien vorgehen sollten, um sich die Sätze zu erhalten? Wenn die Lokalkommission unterstützt worden wäre, so würde es sehr wohl möglich gewesen sein, den Bierring zu Pfingsten zu sprengen. Da aber selbst in der Arbeiterpresse dagegen gearbeitet worden sei, so könne man sich füglich nicht wundern, wenn dies nicht geschah. Die Lokalkommission habe nicht persönliche Interessen, sondern nur die Interessen der Arbeiterpartei wahrgenommen. Möge der Boykott auch eine schlechte Waffe sein, so habe dem „Verl. Volksbl.“ es doch gefallen, als durch den Boykott der „Budiser“ ihm eine große Abonnentenzahl zugeführt worden sei. Dieser Kampf gegen das Kapital brauchte nicht erfolglos ausgegeben zu werden. — Die Rednerliste wies nachdem noch 21 eingezeichnete Redner auf! — Nachdem des weiteren noch die Herren Wilschke, Engler, Hildebrandt, Roge und Platon gesprochen, nahm lebhaft begrüßt, Reichstagsabgeordneter Webel das Wort. Derselbe schickte voraus, daß er nicht als „Autorität“ spreche, gegen welche sich Herr Werner in so scharfer Weise gewandt habe. Er habe, ebenso wenig Andere, jemals verlangt, daß seine Worte, als einer „Autorität“, mehr Beachtung finden sollen, als diejenigen jedwedes anderen Parteigenossen. Wer die rothen Plakate in allen Straßen gesehen und die Tagesordnung gelesen habe, der müsse zu der Meinung gekommen sein, daß etwas ganz besonderes vorliege. Ihm sei es so ergangen, doch seien seine Erwartungen arg enttäuscht worden. Seine Beziehungen zum „V. V.“ seien bekannt. Er halte die Volksversammlung als die letzte Instanz, an welche erst zu appellieren sei, nachdem alles Andere vergeblich versucht worden sei. So sei es bisher in der Partei Brauch gewesen, so müsse es auch ferner bleiben, solle die Partei nicht Schaden leiden. Er warnte, sich auf einen Weg leiten zu lassen, der nur zu Spaltungen, zu Skandalen zum Gaudium der Gegner führen könne. Ein derartiges Vorgehen, wie die Lokalkommission es in Szene gesetzt habe, wäre gerechtfertigt gewesen, wenn die Redaktion sich gegen die Parteiprinzipien vergangen, einen Parteiverrat begangen hätte. Niemand sei unsehbar, doch Fehler wären zu begreifen. Wie würde es aussehen in Deutschland, wenn Klagen gegen Redaktionen überall in dieser Weise zum Austrag gebracht würden? Die Veröffentlichung der Erklärung der Hoppold'schen Brauergesellen könne nur den von der Redaktion beabsichtigten Zweck gehabt haben. Nur wer vorzuringenommen sei, könne einen anderen Zweck

herausdeuteln. Daß diese Voreingenommenheit bei der Lokalkommission bereits einen hohen Grad erreicht habe, beweise deren Vorgehen. Der Redaktion habe nicht ferner gelegen, als den Brauerfreil diskreditieren zu wollen. Ebenso liege der Fall Finke. An und für sich habe Cronheim nicht unrecht gehandelt, höchstens darin, daß er auf Grund des Versprechens die Ausnahme einer Erklärung seitens der Brauergesellen verweigert habe. Doch sei dies kein Grund, ihn anzuklagen, wie geschehen. Wer einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl in sich trage — und ein solches sehe er bei Allen voraus — der könne ihm keine Schuld beimessen an dem Mißlingen des Boykotts. Die Lokalkommission hätte bedenken sollen, daß sie selber verdächtigt worden sei und hätte nicht in denselben Fehler verfallen sollen. Der Direktor des Münchener Brauhauses sei derselbe, wie verlautet, der f. B. den verstorbenen Stadtverordneten Görtz veranlaßt hat, in der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag auf Bekehrung der achtten Wäre zu stellen; derselbe soll sich nicht erboten haben, ein Kapital herzugeben, um die „Volkstribüne“ als Konkurrenz-Organ des „Verl. Volksbl.“ in eine täglich erscheinende Zeitung umzuwandeln. Es sei nicht gerechtfertigt, in so scharfer Weise in der Öffentlichkeit vorzugehen. Die Sache wäre geregelt worden, hätte man sich an die rechte Schmiede gewandt. Wenn Dr. Hildebrandt die Redaktion verdächtige, kapitalistische Interessen wahrgenommen zu haben, so würde er (Redner) der erste sein, der für die Entfernung der betr. Redakteure Sorge trüge, sofern dies auf Wahrheit beruhen würde. Aber verdächtigen, ohne auch beweisen zu können, müsse nothgedrungen zu Zerwürfnissen und Spaltungen in der Partei führen. In den Brauerfreil sei er nicht eingeweiht und habe erst Abends Näheres darüber erfahren. Er sei zwar auch Leser des „Verl. Volksbl.“, doch fehle es ihm an Zeit, es stets gänzlich durchzulesen. Er gebe aber zu bedenken, daß der Streit eine zweifelhafte Waffe sei und halte es für Pflicht, vor einem leichtsinnig aggressiven Streit zu warnen, da eine Niederlage demoralisierend wirke. — Anders sei es bei einem dezentenen Streit, den die Ehre der Arbeiter gebiete und wenn man selbst darüber zu Grunde ginge. — In ersterer Hinsicht sei unstreitig viel gefündigt worden. Die Ergebnisse des 20. Februar hätten die Arbeiter heraufschreckt. Einem wahren Fanatismus hätte man sich in Arbeitsstellungen gefügt. Man glaubte Alles zu vermögen — es war dies ein Irrthum. Rehnlich, wie mit den Streiks verhalte es sich mit den Boykotts. Bei den Lokalfreien war ein Boykott am Plage und stand auch ein Sieg zu erwarten, da man nur Einzelne zu bekämpfen hatte und nicht alle zugleich. Daher der damalige Erfolg. Anders sei es jetzt. Man sei glücklich dahin gelangt, den Festschänders so weit zu treiben, daß eine Volksversammlung als das Auserwählte betrachtet werde, mag dieselbe auch noch so verkehrte Beschlüsse fassen. Wenn Redakteure sich absolut nach diesen zu richten hätten, dann wären die armen Redakteure zu bedauern. Von dem Augenblicke an, wo der Beschluß gefaßt worden sei, 32 Brauereien zu boykottieren, habe er gewünscht, daß er ins Wasser fallen müsse, da die Arbeiter nicht einzelne Gegner, sondern eine ganze Kolonie von Interessenten gegen sich habe. Wer in ein Speisehaus zu gehen gezwungen sei, muß auch Bier trinken oder die Speisen theurer bezahlen, denn am Essen wird bekanntlich nichts verdient. Die ökonomische Lage der Arbeiter sei eine derartige, daß ein solcher Boycott nicht durchzuführen sei. Ein derartiger Krieg könne überhaupt nur unternommen werden, wenn die Gewissheit vorhanden sei, daß die Massen pariren und den gefassten Beschluß auch durchführen. Wenn diese Voraussetzung nicht zutrefte, dann sei ein derartiges Beginnen eine große Dummheit. Im vorliegenden Falle seien die „Führer“ sehr schlechte Führer gewesen, auf deren Geheiß die Masse den Beschluß des Boykotts gefaßt habe. Jetzt, wo sie in der Tinte sitzen, solle das „V. V.“ den Sündenbock abgeben. Wenn gegen eine ganze Kolonie von Interessenten zu Felde gezogen werde, so müsse man es natürlich finden, daß sie sich wehren und starktölpig werden. Die Führer glaubten, daß, wenn sie etwas beschließen, daß dann sofort die ganze Bourgeoisie zu Kreuze kriechen werde. — Befehl! Wenn wir schießen, dann müssen wir es uns gefallen lassen, daß auf uns geschossen wird. Es sei eine große Kurzsichtigkeit, zu glauben, daß die Bedrohlichen nicht mit aller Macht um ihre Existenz kämpfen werden. Der Boycott sei gefallen, die Arbeiter hätten eine Niederlage erlitten. Man möge nicht beschließen, den Boycott noch weiter aufrecht zu erhalten, sondern dafür sorgen, daß man sobald nicht wieder eine derartige Ohrfeige erhalte. (Beifall). — Herr Werner verwahrt hierauf persönlich die Lokalkommission gegen den Vorwurf, daß ihr der Direktor Ahrendts das Anerbieten eines Kapitals die „Volks-Tribüne“ betreffend, gemacht habe. Wäre dieses geschehen, so hätte die Kommission jenen Herrn selbstverständlich gebührend die Wege gewiesen. Herr Werner greift sodann das „Verl. Volksbl.“ deswegen an, daß es Prospekte von Aktien-Gesellschaften, Brauereien u. s. w. veröffentlichte, was wiederum eine Replik Webel's zur Folge hatte. Herr Zubeil polemisiert gegen die Lokalkommission und speziell gegen das Gebahren des Herrn Brauereidirektor Ahrendts, der sich noch vor ganz kurzer Zeit in einer Brauereibesitzer-Versammlung gegen den Vorwurf, daß er Sozialdemokrat sei, ganz energisch verwehrte. Er erklärte daselbst, daß er mit den Beschlüssen der Brauereibesitzer sympathisiere, allein er habe bereits

bindende Erklärungen abgegeben, die ihn daran hindern an den Vereinigungen der Brauereibesitzer theilzunehmen. Er erklärte ausdrücklich, daß er vielleicht der konservativste in der Brauereibesitzer-Versammlung sei. — Herr Zubeil protestierte dagegen, daß man für einen derartigen Unterthemer Propaganda zu machen suche. Ungeheures Aufsehen erregte folgende Erklärung des Herrn Schayer: Herr Brauereidirektor Ahrendts habe ihm in seinem Geschäftlokale vor Zeugen ausdrücklich erklärt, daß er sich erboten habe, zur Gründung eines Konkurrenzblattes gegen das „Berliner Volksblatt“ die Summe von 20 bis 30 000 M. herzugeben. Dem Herrn Brauereidirektor, der in der Versammlung anwesend war, um vielleicht dort noch im letzten Augenblicke zu streuen zu können und sein sinkendes Schiffelein in den Hafen zu treiben, muß bei dieser Entschliessung gerade nicht sehr angenehm zu Muth gewesen sein. Als er im Beginn der Versammlung bei den Reuerungen eines Genossen „Geschäftssocialist“ und „bestellte Arbeit“ ausrufen ließ und diese Ausrufe durch beifälliges Gemurmel unterläßt, glaubte er wohl kaum, daß seine Geschäftskünfte so kläglich scheitern würden. Im Uebrigen hatte sich der Herr in eine förmliche Wiederholungs-Atmosphäre von Mofchus und Patchouli geküßt, weil ihm wahrscheinlich das natürliche Parfum des Proletariats mißfällig ist. Er verschwand auch wie eine wandelnde Wolke aus dem Saal. Die Redaktion. — Nach einem Schlußwort des Herrn Werner gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Versammlung beschließt, daß die Redaktion des „Verl. Volksbl.“ in Zukunft die Beschlüsse von Volksversammlungen unweigerlich zu achten hat. — Desgleichen der Antrag, den Boykott aufzuheben. — Wie sodann bekannt gegeben wurde, sind die Forderungen der Brauergesellen nunmehr durchgängig bewilligt, der Streit somit zu Ende. — Der Vorsitzende sprach den Wunsch aus, daß die gebaute Auseinandersetzung keine Uneinigkeit verursachen möge und schloß die Versammlung um 1 1/2 Uhr Nachts mit einem dreifachen Hoch auf die sozialdemokratische Partei, das braufend, jubelnd von der Menge ausgenommen, hinaustante in die stille Nacht.

- Unterstützungsgesetz der Mutter Gerlins, heute, großer Sommer-Nachmittag in Weimanns' Volksgarten, Gesundbrunnen. Billets pro Person 20 Pf.
- Gesellschaft der „Zeitgenossen“ jeden Sonnabend im Vereinslokal, Straßburgerstr. 40. Gäste willkommen.
- Allgemeiner Metallarbeiterverein Gerlins und Umgebung. Am Sonnabend, den 21. Juni, findet in Rens Salon, Baumstr. 27, ein Zanz-Französische Nacht, wozu ergebenst eingeladen wird. Billets sind beim Kassier Otto Klein, Ritterstr. 15, Gustav Wolff, Reimichenborferstr. 142, in den Zahlstellen sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.
- Achtung! Große öffentliche Versammlung sämtlicher auf Eisenbahnen beschäftigter Arbeiter Gerlins und Umgebung (Werktätigen, Hobern, Streifenarbeiter, Kuppeler, Hilfsarbeiter u. c.) am Sonnabend, den 21. Juni 1890, Abends 8 Uhr, bei Joel (fr. Keller) Andreasstr. 21.
- Generalversammlung der Form- und Gernsengossen am Sonntag, den 22. Juni cr., Vormittags 10 Uhr, im Lokale „Häcker“, Chausseestraße.
- Sozialdemokratischer Wahlverein für den ersten Berliner Wahltag-Wahlkreis. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, in Gratzweil's Weihen, Kommanbantenstr. 77-79: Große Versammlung.
- Elbische Gesellschaft. Sonntag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, Behortstraße 16, in Schneiders Salon. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: Des Bösen Arbeitsstellung. Nachher gefällige Unterhaltung und Tanz. Gäste, Damen und Herren, willkommen!
- Fachverein der in Buchbinderei und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter. Sonnabend, den 21. Juni cr., Abends 8 Uhr, Vereinsversammlung, Annenstr. 18. Tagesordnung: 1. Die neuesten Unternehmerrichtlinien und ihre Folgen für die Arbeiter. Referent Herr Viro. 2. Verschiedenes und Fragensachen.
- Vereinigung der Prediger Deutschlands. (Offenbarung 1-7.) Sonntag, den 22. Juni: Ausflug nach Schwanenwerder (Haller Friedrichsgraben). Abfahrt von Anhalter Bahnhof 1 Uhr 25 Minuten. Guttes Wetter ist befehl.
- Verein der Sattler und Hutmacher. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, bei Delagallier, Alte Jakobstr. 45a: Versammlung.
- Fachverein der Altkamerale. Sonnabend, den 21. Juni d. J., großer Sommerabendball in der Unionbrauerei, GutsMuths-Platz, 10. Gäste und Genossen sind herzlich willkommen. Billets, 50 Pf., Damen 30 Pf., sind in allen mit Plakaten versehenen Handlungen, bei den Vorstandsmitgliedern und am Abend im Garten-Buffet zu haben.
- Fachverein der Kohler. Sonntag, den 22. Juni, Vormittags 11 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 76, Versammlung.

## Depeschen.

**Hamburg, 20. Juni.** Die Polizeibehörde stellte gestern der Lokalkommission der Gewerführer die während des Streikes beschlagnahmten Gelder und Bücher zurück. Von den während des Streikes Verhafteten wurde heute der Gewerführer Timman entlassen; in Haft befinden sich noch 16 Personen.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Listung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

**G. S. Kuppinerstr.** Wir ersuchen Sie, bei uns vorzusprechen.

**Hennigsdorf.** Er hat das aktive und passive Wahlrecht. Geben 100. Wir können Ihnen keine Auskunft geben.

**Antermann 1890.** Wenden Sie sich an den Antirichter Dr. Veringuer, W. Moenslebenstr. 10, 2 Tr.

**Zwei Wettende.** Eigener Regierungsbezirk.

### Die Beerdigung

des Rentiers, früheren Brauereibesitzers  
**Friedrich Ernst Hillig,**  
findet  
am Sonntag, den 22. d., Mittags 12 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Petri-Kirchhofes, Friedenstraße 82, statt.

Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Die Testaments-Vollstrecker.**

---

Empfehle allen Genossen meine  
**Glaserei, Spiegel- und Bilder-**  
**einrahmung.**  
Verkauf von Bildern bewährter Volksmänner. Besonders empfehlenswert: Simsprüche. Neu: Webel u. Viebnaecht, Pindant 87: 51 cm hoch. Bestellungen nach auswärts brieflich. 1050  
**Karl Scholz,**  
Strangelstraße 32, Eingang vom Kur

---

Meinen neu eröffneten **Barbier-**  
**und Haarschneidesalon,** verbunden mit **Zigarrenhandel,** empfehle allen Genossen Charlottenburgs und Umgebung. Um Zuspruch bittet  
**A. Stolpe,** Charlottenburg, Straße 30, 2042 (Ecke der Volkspannerstraße.)

---

Freunden und Bekannten, sowie meiner werthen Nachbarschaft empfehle bei Bedarf meine  
**Cigarren-Geschäfte.**  
Eig. Fabrikate. Verk. z. Engros-Preisen.  
Köpenickerstraße 24,  
**E. Storde,** Universitätsstraße 3 B.

---

**Hut-Fabrik**  
Blücherstraße 11, Wilhelm Böhm.  
Sämtliche Hüte mit **Kontroll-**  
**marken.** Große Auswahl bei billigen, feinen Preisen. Großes Lager in Sonnen- u. Regenschirmen. **Reelle Bedienung.** 724

### Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern der  
**Vereinig. d. Drechsler Deutschl.**  
hiermit zur Nachricht, daß am 18. ds. unser Mitglied  
**August Beiersdorf**  
im 80. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des N. Jakobi-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet  
**D. Vorstand d. Ortsverwaltung Berlin I.**

---

**Zur geälligen Beachtung!**  
Mein seit 1867 gegründetes, anerkannt reelles  
**Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft,** welches schon seit 15 Jahren im Westen sich des besten Renommee's erfreut, empfiehlt sein reichhaltig assortirtes Lager in eleganten, als auch **Arbeits-Anzügen, echt Hamburger Leder-Anzügen** zu den anerkannt billigsten Preisen.  
**S. Grabowski,**  
Dennewitzstraße 21,  
Ecke der Bülowstraße.  
NB. Große Auswahl von gut erhaltenen getragenen Herren-Anzügen und Paletots.  
Restaur. b. J. v. M. Schönen-u. Reibestr. Ecke.

### Achtung!

**Grosse öffentliche Versammlung sämmtl. in d. Marmorbranche beschäftigten Arbeiter Berl. u. Umgeg.**  
am Dienstag, d. 24. d., Abds. 8 1/2 Uhr, in Delgmüller's Salon, Alte Jakobstr. 10a.  
Tagesordnung:  
1. Ruhe einer Zentralisation. 2. Stellungnahme zur Streit-Kontroll-Kommission. Referent: F. Zubeil. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

---

Die Partie der **Graveure und Ziseleure** findet der ungünstigen Witterung wegen nicht statt. Arbeitsnachweis Dresdenstr. 45 von 8 1/2 bis 10 Uhr. 2051

---

Genossen arbeitet Sopha's und Matratzen auf, auch auf Theilzahlung.  
**R. Franke,** Tapezterer, 1991 Naumnstr. 25.

---

Ein **Cigarrongeschäft** ist zu verkaufen. Näheres **Wasserthorstr. 20.** 2012

---

**Mähmaschinen** aller Systeme auf Theilzahlung, hohelegant, fünfjährige Garantie, gebr. Singer-Maschinen von 10 M., dreijährige Garantie, liefert Mähmaschinenfabrik Solmsstr. 40. [2053

---

Möbl. Schlafstelle für 2 P. a. Parteinossen Mariannenstr. 23, v. 1 Tr., bei Mofchinsk. 2050

---

Möbl. Schlafstelle m. sep. Eing. für Herren, Preis 7,50 M., Staligerstr. 44, vorn 4 Tr. rechts. 2049

---

Früdl. Schlafstelle z. v. Pousenuser 89, o. d. Ritterstr. d. 2 Tr. b. Tschernig. [2055

---

Früdl. Schlafst. f. 2 P. 1. Juli z. v. Schintestr. 2, 3 Tr. v. b. Nivoczky.

---

**Mittagstisch** u. Bier 50 Pfennige.  
**E. Volcker's Bierhaus,** Falkensteinstr. 11.  
Zislerwerkstatt, 3 Bänke, Platz zu 6 Bänken, bill. Richte, zu verk. Fehrbellinerstr. 97, Hof im Keller. 2046

---

Das gr. Lager Berlins  
**Kinderwagen.** Andreasstr. 23.  
Tüchtige Stuhlfechterinnen, nur solche, v. Ulrich, Rausigerstr. 33, p. [2058  
Einen geübten Silberdrücker verlangt  
**S. Mayen u. Co.,** Sebaldstr. 26. [2047

---

**12 tücht. Geldschrankbauer**  
suchen für dauernde Stellung b. hohem Akkord und Lohn. Reise u. vergütet.  
**Gebr. Schäfer & Müller,** Damm 1. B.

---

**Ein tüchtiger Werkzeugmacher,** welcher selbstständig alle Arten Präzisions-Werkzeuge für Revolverbänke anfertigen kann, wird als  
**Vorarbeiter**  
in dauernde Stellung gesucht.  
Gefällige Offerten unter **K. T. 10** befördert die Exped. d. BL



## Gerichts-Beilage.

Nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes vom Jahre 1850 dürfen Vereine, welche sich mit politischen Fragen beschäftigen, nicht gegenständig in Verbindung treten. Die sozialen Fragen — heißt es, wenn gleich sie zunächst und an sich in der Art ihrer Besprechung und Erörterung nicht notwendig politische zu sein brauchen, nehmen diesen Charakter sofort an, wenn sie mit dem Staat in praktische Beziehung treten, namentlich wenn zu ihrer Lösung Mittel und Wege zur Geltung gebracht werden sollen, welche eine Aenderung der bestehenden Einrichtungen des Staates und hierunter auch der geltenden Staatsgesetze zur Voraussetzung oder zur Wirkung haben. Allerdings hat die heutige Gesellschaft die verschiedensten Erfahrungen gemacht, wie diese Interpretation den Vereinigungen der Unternehmer und Kapitalisten gegenüber den Arbeitern und deren Organisationen zur Geltung gebracht wird. Während die Unternehmerverbände und sich mit den Fragen der hohen Politik beschäftigen können, und durch Petitionen und Resolutionen mit dem Staat in unmittelbare praktische Verbindung treten, hat noch Niemand gehört, daß diese Unternehmerverbände dem § 8 des Vereinsgesetzes jemals zum Opfer gefallen sind. Ist doch unsere neue Innungs-Gesetzgebung lediglich dem Druck zu verdanken, welchen das Unternehmertum den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber angewendet hat. Aber wenn zwei dasselbe thun, so ist es noch lange nicht dasselbe. Wir lesen in der „N. M. Ztg.“:

Landberg a. W., 17. Juni. Das Schöffengericht hatte sich heute mit dem Sozialdemokraten Koch und Genossen, welche von der Reichstagswahl her bekannt geworden sind, zu beschäftigen. Die Schuhmacher-Gesellen Otto Koch, Swiercki, Nögel, Salente, Siebert und Kräger I, die Schuhmachermeister Behrend und Zimmer, sowie der Schuhmacher-Geselle Kräger II waren des Vergehens gegen das Vereinsgesetz von 1850 beschuldigt. Die Straftat sollte darin bestehen haben, daß sie hier einen Ortsverein der Schuhmacher (Zahlstelle) gegründet, welcher verbotswidrig mit anderen Vereinigungen in Verbindung stand und sich mit der Erörterung sozialpolitischer Fragen beschäftigte. Sie wurden für schuldig befunden und verurteilt: Koch zu drei Wochen Gefängnis, Swiercki, Nögel und Siebert zu je einer Woche Gefängnis, Kräger I und Behrend zu je 20 M. Geldbuße, Salente, Zimmer und Kräger II zu je 15 M. Geldbuße. Gleichzeitig erkannte auch das Gericht auf endgiltige Schließung der Zahlstelle, die bereits von der Polizeiverwaltung vorläufig angeordnet worden war. Kommt man hierbei nicht ganz von selbst auf den Gedanken, daß wenn zwei dasselbe thun, daß es noch lange nicht dasselbe ist? Aber man nennt das heutzutage „Gleichheit vor dem Gesetz.“

## Soziale Uebersicht.

**Auf dem Arbeiterfang.** Aus Breslau wird uns berichtet, daß dort der Zimmermeister Kertcher aus Hamburg (Hamm, Louisenweg 145, p.) und der Maurermeister Feinig aus Rostock eine lebhaftere Thätigkeit entwickelten, um Maurer- und Zimmergesellen zur Uebernahme von Arbeit in Hamburg und in Mecklenburg zu veranlassen. Sie erschienen in der „Breslauer Morgenzeitung“ und dem „Breslauer General-Anzeiger“ folgende Inserate:

„Tüchtige Maurer- und Zimmergesellen werden zum sofortigen Eintritt bei 60 Pf. Stundenlohn und dauernder Beschäftigung nach Hamburg gesucht. Reiseflohen werden vergütet. Zu melden am Donnerstag oder Freitag dieser Woche in der Brauerei von August Scholly, Breslau, Schweidnitzerstr. 30.“

Der Baumeister. „Tüchtige Maurer- und Zimmergesellen, welche Lust haben, in Mecklenburg Arbeit zu nehmen, finden dauernde Beschäftigung bis in den Winter hinein. Reisegeld wird vergütet. Näheres im Hotel „Goldener Baum“, Dörsch, zwischen 11 und 1 Uhr heute den 11. Juni.“

Den Leuten, die sich meldeten, wurde seitens des Herrn Kertcher folgendes Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt:

„Ich, Endesunterzeichnete verpflichte mich, bei den Herren Bauunternehmern H. Kertcher u. Genödy, oder nach deren Aufgabe bei einem von ihnen zu benennenden Meister in Hamburg sofort in Arbeit zu treten zu einem Lohn von 60 Pf. pro Arbeitsstunde bei zehnständiger Arbeitszeit.“

„Auch verpflichte ich mich, bei den genannten Herren event. bei dem von diesen zu benennenden Meister als ordentlicher und tüchtiger Zimmer-Geselle mindestens auf die Dauer von . . . Monaten zu arbeiten.“

„Zagegen sind oben genannte Herren verpflichtet, für mich die Reiseflohen nach Hamburg zu bezahlen.“

„Sollte ich früher, als oben vereinbart, aus der Arbeit treten, so habe ich die Reiseflohen und Spesen zurück zu vergüten.“

„Es ist mir bekannt, daß die Hamburger Fachgenossen sich im Streik befinden, und verpflichte ich mich, in Hamourg keinem Fachverein beizutreten.“

„Dieser Kontrakt wird gestempelt und hat vollständige Gültigkeit vor Gericht.“

Hamburg, den . . . ten Juni 1890.“

Breslau, Der von dem Herrn Feinig-Rostock den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegte Vertrag hat folgenden Wortlaut:

„Wir, unterzeichneten Maurer- und Zimmergesellen treten mit dem heutigen Tage bei den Maurermeistern Feinig & Schlegel aus Rostock in Arbeit und verpflichten uns, mindestens sechs Wochen in Arbeit zu bleiben, ehe wir freiwillig das Arbeitsverhältnis lösen, weil sonst die Meister berechtigt sein sollen, das Verhältnis lösen, weil sonst die Meister berechtigt sein sollen, das Verhältnis lösen, weil sonst die Meister berechtigt sein sollen, das Verhältnis lösen.“

„Es erscheint uns sehr zweifelhaft, ob die in diesen sogenannten „Arbeitsverträgen“ den Gesellen auferlegte Verpflichtung unter Verzicht auf ihr Kündigungsrecht sich an einen unbekanntem dritten Unternehmer zur Arbeitsleistung „abtreten“ zu lassen, rechtswidrig beziehungsweise rechtswidrig ist. Nach unserem Dafürhalten verstößt eine derartige Bestimmung gegen die guten Sitten und das bestehende Arbeitsrecht. Ein die guten Sitten und das bestehende Arbeitsrecht. Ein die guten Sitten und das bestehende Arbeitsrecht. Ein die guten Sitten und das bestehende Arbeitsrecht.“

schließen, und seine Verpflichtungen aus diesem Vertrage beziehen sich lediglich auf diesen Unternehmer. Könnte die in Rede stehende „Verpflichtung“ der Gesellen, sich von dem vertragsschließenden Unternehmer an beliebige dritte Personen „abtreten“ zu lassen, rechtswidrig sein, so wäre damit dem Unfug eines förmlichen Menschenhändlers unter Verletzung der persönlichen Freiheit, einer neuen Art von Sklaverei, Thür und Thor geöffnet.

Ebensovienig kann die den Gesellen auferlegte „Verpflichtung“, keinem Fachverein beizutreten, also sich der Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes zu begeben, rechtswidrig sein. Es ist das eine widerrechtliche Nötigung zu der Unterlassung einer gesetzlich zulässigen Handlung; unter Androhung bestimmter Nachteile sollen die Gesellen bewegen werden, von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch zu machen. Wir meinen, die Staatsanwaltschaft hätte alle Ursache, mit diesem Unfug und seinen Urhebern sich einmal zu beschäftigen.

Mögen die Kollegen allerorts den Werbefunkten der Unternehmer mit allen gesetzlichen Mitteln energisch entgegenzutreten.

**Adtung, Maurer- und Zimmergesellen!** Die „Jungung und der Arbeitgeberbund für Maurer- und Zimmergeschäfte“ zu Stettin machen bekannt, daß auf Grund ihres einstimmigen Beschlusses dort ein Meldeamt für arbeitssuchende Maurer- und Zimmergesellen eingerichtet worden ist und daß dasselbe nur solchen Gesellen Arbeit nachgewiesen wird, welche 1. nachweisen können, daß sie das Gewerbe erlernt, 2. einen ordnungsmäßigen Entlassungsschein von der letzten Arbeitsstätte vorzeigen, 3. nicht aus einer Stadt oder Ortschaft kommen, wo getreift wird. Diese Bekanntmachung wird „gewürzt“ durch folgende Bemerkung: „Dieses Unternehmen, welches zwar noch im Entstehen begriffen, zur Zeit aber schon einen nicht unwesentlichen Einfluß auf die Bekämpfung der Streikläufe durchzubringen läßt, verdient in allen Fachkreisen Unterstützung und nachgehakt zu werden. Um nun aber auch wirksam diese Einrichtung durchzuführen, wäre es wünschenswert, daß alle Arbeitgeber der Maurer- und Zimmergeschäfte Entlassungsscheine wieder einführen. Um solcher Gesellen, die durch sozialistische Bestrebungen und aufreizende Reden Antrieben geistigt und Streik hervorgerufen, endlich einmal unschädlich machen zu können, ersuchen wir sämtliche Kollegen, die Namen derartigen Gesellen nach hier zu berichten, wie wir ebenfalls bereitwillig darüber Auskunft geben werden, falls solche gewünscht wird.“

Wir stellen diesem Verfolgungs- und Unterdrückungsunfug die Aufforderung entgegen: Möge kein Maurer- und Zimmergeselle das Stettiner Meldeamt in Anspruch nehmen. Jeder arbeitssuchende Geselle hat dasselbe zu meiden, oder, was noch richtiger ist: kein arbeitssuchender Geselle reise nach Stettin! Dann werden die dortigen Kollegen mit „Jungung und Arbeitgeberbund“ und deren „Meldeamt“ schon fertig werden!

## Versammlungen.

Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Hutmacher tagte am Dienstag, den 17. Juni, Abends 8 Uhr, in Schneider's Salon, Velfortstrasse. Als die Versammlung von Einberufung, Kollegen A. Schmidt, eröffnet war, stellte Kollege Augustin den Antrag, die Versammlung auf 20 Minuten zu verlagern, welches der überwachende Beamte jedoch nicht duldet, weshalb die Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Böffel in die Tagesordnung eintrat, welche lautete: 1. Gewerkschaftliches. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu Punkt 1 hatte Kollege Augustin das Referat übernommen. Derselbe führt in höchst ausführlich und sachlicher Weise die Ursachen des in der Fabrik von A. Nöfel ausgebrochenen Streiks an und beleuchtet hierauf Bezug nehmend den Werth und Nutzen einer solchen Organisation, welcher viele der jetzt Streikenden noch nicht angehören. Er forderte deshalb alle noch nicht dem Unternehmungsverein deutscher Hutmacher angehörenden Kollegen dringend auf, denselben unverzüglich beizutreten und ermahnt zum Schluß des mit Beifall aufgenommenen Referats, daß Alle treu zusammen halten sollen und nicht eher anzuziehen, bis alle Kollegen zu den alten Bedingungen wieder in die Fabrik eingestellt sind. In demselben Sinne sprechen die Herren Müller, Schmidt und Stepputat. Kollege Böffel geißelt in scharfen Worten das streifige Verhalten des Fabrikanten und beleuchtet die Fabrikordnung desselben, nach welcher dem Fabrikanten das Recht zusteht, sofort jeden Arbeiter zu entlassen, dieser aber dem Fabrikanten gegenüber an eine vierzehntägige Kündigung gebunden ist. Redner fordert die Arbeiter auf, einmal bei der Behörde anzufreden, so solche Maßnahmen gesetzlich zulässig sind, und fordert nochmals Alle säumigen Kollegen auf, dem Verein beizutreten. — Kollege Kempe macht auf den Dispositionsfonds aufmerksam und bittet, recht reger für denselben zu agitieren, da derselbe jetzt sehr in Anspruch genommen wird. — Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Kollegen der Firma Nöfel einverstanden und hofft, daß dieselben nicht eher zur Arbeit zurückkehren, bis die Forderungen voll und ganz bewilligt sind; gleichzeitig verpflichten die anwesenden Kollegen für sämtliche freierwerbenden solidarisch einzutreten und dort keine Arbeit zu nehmen.“ Hierauf stellt Kollege Böffel den Antrag, das Bureau der Versammlung zu leauftragen, beim Polizei-Präsidenten Beschwerde darüber zu führen, daß der überwachende Beamte die Vertagung der Versammlung nicht gestattet hat. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Versammlung wird hierauf mit einem dreifachen Hoch auf das Gelingen der guten Sache geschlossen.

Eine große öffentliche Versammlung sämtlicher Berliner Kürschner-Gesellen, selbständiger Pelzarbeiter, Parolier und Mähnenmacher tagte am 18. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Schützenhause, Littenstraße 5/6. Die Tagesordnung war folgende: 1. Wie ist die Ortsverwaltung des Zentralverbandes deutscher Kürschner einzurichten? 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder zum Zentralverband deutscher Kürschner. 4. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. Den Vorsitz führte Kollege Wedemeyer. Zum ersten Punkt referierte derselbe Kollege in ausführlicher Weise und legte die Mißstände, die unter den Kürschnern herrschen, in klaren Worten dar. Ferner führte Redner an, daß mittelst einer Organisation, wie sie der Kongress der deutschen Kürschner zu Hamburg angestrebt habe, viele Mißstände zu beseitigen sind, es fragt sich nur, ob diese, von den Selbständigen geplante Filiale zu erreichen ist. Wenn man der Sache auf den Grund gehe, müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß das Werk eine Art Spaltung zeigt, wenn die Selbständigen der Pelz- und die der Mähnenbranche je eine eigene Filiale errichten wollen. Man solle hier dem Beispiel der Gesellen folgen und eine Gesamtsitzung für Selbständige errichten. Ferner sei für die Organisation ein Arbeitsnachweis von nicht unterschätzender Bedeutung, ein jeder Arbeiter, solle man meinen, müßte es sich selbst sagen, wenn man die Arbeitskraft zum Selbstangebot begräbt, dieselbe an Werth bedeutend verliert. Schließlich erwartet der Referent von den Selbständigen, daß sie die Gesellen

unterstützen werden, um mit vereinten Kräften wieder einen Arbeitsnachweis ins Leben rufen zu können. Dießbezüglich lies eine Resolution ein, welche vom Vorsitzenden sogleich zur Abstimmung gebracht und von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Die heute im Schützenhause tagende öffentliche Versammlung der Berliner Kürschner-Gesellen und Selbständigen, erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, verpflichtete sich, den zu errichtenden Arbeitsnachweis nach Kräften zu unterstützen; in fernerer Erwägung, daß auch ein freies Angebot der Arbeitskraft (Umschau halten) die kollegialen Interessen nicht fördert, beschließt die Versammlung, nur Arbeit durch den Arbeitsnachweis anzunehmen.

Herr Lewin als nächster Redner spricht sich für eine gemeinsame Zahlstelle aus, weiter betont Lewin, daß der Klub „Friedenslern“ in den Verband nicht aufgenommen werden dürfe, entweder mit dem Klub „Selbständig“ gemeinsam, oder garnicht. Auch wünscht Lewin, daß die Gesellen von solchen Selbständigen, die im Klart inserieren, keine Arbeit annehmen möchten. Rauch ist der Meinung, daß die Selbständigen der Pelzbranche sich ebenfalls dem Verband anschließen werden. Wedemeyer hebt die Unterstützung der reisenden Kollegen hervor und bemerkt, daß wir im Stande sind, letztere besser zu unterstützen, als dies die Innungsmeister thun. Thomsen macht den Vorschlag, betreffs Arbeitsnachweis, drei Sonntagabende an den Säulen bekannt zu machen. Lewin ist dafür, ein Rundschreiben zu erlassen. Dobronz ist der Ansicht, daß in der Versammlung gleich drei Kollegen gewählt werden, die den Nachweis sofort in die Hand nehmen. Zum zweiten Punkt konstatirte Kollege Wedemeyer, daß sich in der letzten öffentlichen Versammlung 40 Kollegen in den Verband haben aufnehmen lassen und daß der Fachverein ungefähr 80 Kollegen stark in corpore dem Verband beiträgt. Hierauf wird die Versammlung um 15 Minuten vertagt, in welcher Zeit neue Mitglieder aufgenommen werden. Nach Schluß der Pause macht der Vorsitzende bekannt, daß sich 27 Kollegen einschreiben ließen. Kollege Dobronz bringt seine Sammelbogen in Erwähnung und die Erfolge vom vorigen Jahre. Wedemeyer spricht sich ebenfalls für die Sammelbogen aus und erwähnt in weiterem die Fabrik der Firma Westmann, liest den von der benannten Firma erhaltenen Brief vor, in welchem zugestanden wurde, daß thatsächlich Abzüge gemacht sind. Rauch bemerkt, daß Stein wohl im Interesse der Fabrik handeln müsse, aber entschieden dürfte er nicht gegen die Arbeiter in dieser Weise auftreten. Hierauf brachte Redner noch ausführliche Details über die Vorgänge in der Westmann'schen Fabrik und war im übrigen der Meinung, daß Stein unbedingt in den Verband nicht aufgenommen werden darf. Herr Stein, welcher darauf das Wort erhielt, wollte mit seinem bekannten Redefluß alle bis dahin gegen ihn gebrachten Ausführungen widerlegen. Kollege Wukow schilderte jedoch der Versammlung die Vorgänge in ausführlicher Weise und bemerkte schließlich, daß thatsächlich und zwar in drei Fällen Abzüge gemacht worden sind. Es entspann sich hierauf eine überaus lange und lebhafteste Debatte und wurde, um die Versammlung nicht allzu lange auszudehnen, auf Antrag, jedem Redner nur fünf Minuten Redezeit gestattet. Wedemeyer führt an, daß von Seiten Stein Maßregelungen gegen die Gesellen ausgeübt worden sind und betont, daß die Ausführungen im „Berliner Volksblatt“ auf Wahrheit beruhten, zu dem hat Herr Sandberger die Abzüge selbst zugestanden. Kollege Dittmann schildert die Zustände unter den Juristern als noch schlimmere. Etwas spät erschienen die Vertreter der Pelzbranche, es wurde noch einmal über den ersten Punkt debattirt und dieserhalb die Versammlung in die Länge gezogen. Herr Blaicher bemerkt, daß die Pelzarbeiter für sich eine Zahlstelle haben. Berger meint, daß es wohl kein harmonisches Ganze abgeben könnte, wenn Mähnen- und Pelzarbeiter zusammen marschieren würden. Darnack äußert sich dahin, daß sie sich im engeren Kreise, unter sich organisieren wollen und betont, daß das Fachblatt ein gutes Mittel dazu sei. Herr Berger bemerkt noch, daß die Pelzkürschner von den Mähnenmachern stets etwas im Hintergrunde gestellt worden sind, sie wollen sich jetzt jedoch kräftigen, um hernach als eine kompakte Masse mit uns zu gehen. Schließlich eruchtet Berger den Schriftführer, daß er für 1889 keine Verantwortung mehr für das Organ „Der Kürschner“ hatte, im Protokoll mit zu veröffentlichen. Blümke ist schließlich dafür, daß jede Branche, Gesellen und Selbständige, Maffels und Juristerei für sich einzeln marschieren. Hierauf wurde auf Antrag die Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

Die streikenden Kupferschmiede hielten am Sonntagabend, den 14. d. Mts., eine zahlreich besuchte Versammlung unter Leitung der Kollegen Madel, Korbowitz und Fritz ab. Ueber die Lage des Streiks referierte der Vorsitzende. Derselbe führte aus, daß sich die Lage wenig verändert habe; die Arbeitgeber haben sich in der am 13. d. Mts. stattgefundenen Versammlung auf einen immer schrofferen Standpunkt gestellt, indem auf einen Vorschlag des Meisters Otto, mit den Arbeitnehmern Verhandlungen anzuknüpfen, der Großfabrikant Heckmann geäußert habe, sobald eine ähnliche Ansicht nochmals laut werde, er sofort den Saal verlassen würde. Allerdings seien wir ja an Kraftausdrücke des letzteren Herrn gewöhnt. Wenn nun auch der erstere Redner, betr. das Ausscheiden aus unserer Organisation, so gut wie zurückgezogen sei, so bleibe doch immer noch der zweite bestehen, wonach wir die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen und wir an Sammlungen behufs Unterstützung von Streiks nie theilnehmen sollen. Es bleibe uns also nichts weiter übrig, als auszuharren. Dank der Opferfreudigkeit unserer auswärtigen Kollegen, habe es an Unterstützungen bisher nicht gemangelt. Es sei nun aber nöthig, da binnen zwei Wochen die Unterstützung seitens unsers Vereins statutengemäß aushört, dafür Ersatz zu schaffen und komme uns das Anerbieten eines Kollegen, 4000 Mark zur Verfügung zu stellen, sehr gelegen, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung. Es entspann sich hierüber eine lange animirte Diskussion, in der besonders hervorgehoben wurde, daß wir seitens der Arbeitgeber auf kein Entgegenkommen zu rechnen haben und der Streik noch eine geraume Zeit dauern werde und wir somit das Anerbieten des betreffenden Kollegen ablehnen könnten. Folgender Antrag: „Die heutige Versammlung beschließt, die Lohnkommission zu ermächtigen, Gelder aufzunehmen und verpflichte sich gleichzeitig, dieselben nach Beendigung des Streiks durch laufende Beiträge zu decken“ — wird einstimmig angenommen. Ein fernerer Antrag: Die Lohnkommission wird beauftragt, zu versuchen, mit den Berliner Meistern verhandeln zu können, wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Der Annahme dieses Antrages ging eine rege Diskussion voraus, indem einige Kollegen der Meinung waren, da wir vor Beginn des Streiks die Verhandlungen abgebrochen haben, wir auch die Pflicht haben, dieselben wieder aufzunehmen, allerdings nicht mit dem Arbeitgeberverband, dem Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands, sondern nur mit unseren Berliner Meistern. Der Lohnkommission wird es überlassen, auf welchem Wege die Verhandlungen anzubahnen sind. Auch wurde der Forderung Ausdruck gegeben, da sich der Streik schon bis in die neunte Woche hingezogen habe, andere Gewerkschaften uns ebenfalls Unterstützung zufommen lassen werden. Unter Verschiedenes wird zunächst dem Schriftführer der letzten Versammlung eine Rüge erteilt, indem er den Versammlungsbericht nicht ausführ-

